

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 25. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 17. Oktober 2018
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.50 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Markus Gruber, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Philippe Hofmann
Roman Klauser
Christoph Morat
Thomas Pfaff
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger Sonjic, Mehmet Can, Julia Gosteli, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman Hintermeister, René Imhof, Manfred Jutzi, Ueli Keller, Christian Kellermann, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Florian Spiegel, Christian Stocker Arnet, Flavia Tschan, Pascale Uccella, Henry Vogt, Semra Wagner, Jörg Waldner, Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann

Entschuldigt: Rolf Adam, Barbara Grange, Patrick Kneubühler, Urs Pozivil, Beatrice Stierli

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 34 Anwesende = 23
18.10 Uhr 35 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 09.11.2015, betreffend
Stand «Ausbau Veloroutennetz innerorts»
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4254 / A
2. Interpellation von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 28.02.2018, betreffend
Strassenlärmbelastung Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4376 / A
3. Interpellation von Lukas Hess und Etienne Winter, SP-Fraktion,
vom 12.06.2018, betreffend **Stand Überarbeitung des
Generellen Wasserversorgungsprojektes (GWP)**
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4401 / A
4. Interpellation von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 02.09.2018, betreffend
Schulleitung Kindergarten und Primarschule Allschwil
Geschäftsvertretung: SR-Präsidentin Pascale Uccella Geschäft 4407 / A
5. Motion von Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion, Florian Spiegel, SVP-Fraktion
und Jérôme Mollat, GLP, vom 08.11.2017, betreffend **Parkraumreglement**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4361
6. Motion von Florian Spiegel, SVP-Fraktion und Etienne Winter, SP-Fraktion,
vom 28.02.2018, betreffend
Reglement Unterstützungsbeiträge im Bereich Kultur, Jugend und Sport
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme nach Umwandlung in ein Postulat
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4377
7. Postulat von Christian Kellerman, Andreas Widmer, Evelyne Roth,
Beatrice Stierli, Philippe Adam und Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 22.05.2018,
betreffend **Intelligente Strassen bauen**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4398
8. Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, vom 05.12.2017, betreffend
Risikomanagement in der Gemeindeverwaltung
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4367
9. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018,
betreffend **Zwischennutzung Brache Bettenackerareal**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4389
10. Postulat von Christian Stocker Arnet und Andreas Lavicka,
SP-Fraktion, vom 16.05.2018, betreffend
Aufwertungspotenzial der Strassenräume in Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4397

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 24 vom 17. Oktober 2018

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Markus Gruber

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Markus Gruber, Präsident: Frau Rahel Balsiger Sonjic hat auf Ende Oktober ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat eingereicht. Im Namen des Einwohnerrates möchte ich Frau Balsiger Sonjic ganz herzlich für ihren grossen Einsatz danken und wünsche ihr alles Gute für die Zukunft. Für sie wird Frau Astrid Kaiser in den Rat nachrücken.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Ich möchte mich bei Rahel Balsiger bedanken für den grossen Einsatz, den sie die letzten sieben Jahre bei uns in der Fraktion geleistet hat. Sie hat mich vor allem am Anfang meiner politischen Laufbahn in der FDP Allschwil ein wenig an die Hand genommen und mir vieles erklärt. Seit einem Jahr hatte sie das Fraktionspräsidium inne. Dieses Amt wird Urs Pozivil übernehmen. Ich möchte Rahel mit einem Blumenstrauss danken und einem kleinen Geschenk. Schön ist auch, dass gerade ihre Nachfolgerin ihr diese Geschenke übergibt. Das ist Astrid Kaiser, die ab November bei uns im Einwohnerrat sitzen wird. [Beifall]

Markus Gruber, Präsident: Ich habe leider auch noch eine sehr traurige Mitteilung. Wie einige von euch vielleicht bereits erfahren haben, ist Frau Anita Gloor kürzlich verstorben. Sie hatte zusammen mit ihrem Mann Hugo Gloor jahrelang als gute Seele für das leibliche Wohl im Einwohnerrat gesorgt. Ich entbiete im Namen des Einwohnerrates der Trauerfamilie und speziell Hugo Gloor unser ganz herzliches Beileid. Ich möchte euch bitten, kurz aufzustehen und Anita Gloor zu gedenken. [Die Versammelten erheben sich schweigend.]

Es liegen mir keine dringlichen Interpellationen, Postulate oder Motionen vor. Im Übrigen sind folgende Vorstösse eingegangen:

Geschäft 4411, Postulat der CVP-Fraktion «Öffentliche Ladestation für Elektroautos in der Gemeinde Allschwil». Möchte der Postulant etwas dazu sagen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Geschäft 4414, Interpellation der EVP/GLP/Grünen-Fraktion, Ueli Keller «Für eine Umweltverträglichkeitsprüfung des Euro Airport Basel-Mulhouse».

Ueli Keller, EVP/GLP/Grünen-Fraktion: Ich bin gebeten worden, etwas zu formellen Aspekt zu sagen. Warum Interpellation und nicht Postulat? Hierfür gibt es zwei Gründe. Der erste ist: Mit einer Interpellation geht es schlicht und einfach schneller. Bei Postulaten habe ich mich mühsam daran gewöhnt, dass es manchmal Jahre dauern kann, bis etwas substantiell bearbeitet wird. Der zweite Grund aber ist der viel wichtigere: Ein Postulat heisst ja «prüfen». Wir denken, dass der Gemeinderat nicht mehr prüfen muss, ob er wegen des Flugverkehrs etwas unternehmen soll. Aber wichtig ist, dass der Gemeinderat uns berichtet, was er tun will und wie er vorgehen will, damit der Regierungsrat Baselland auf Trab kommt und beim Bund anklopft. So, wie es die Kantone Aargau, Zürich und Schaffhausen bezüglich des Flughafens Kloten erfolgreich getan haben.

Markus Gruber, Präsident: Mir liegt weiterhin neu das Geschäft 4415 vor, Interpellation der SP-Fraktion, Niklaus Morat, «Wie wehrt sich der Gemeinderat gegen die Einführung der Steuervorlage 17?» Herr Morat, möchten Sie etwas dazu sagen? – Das ist nicht der Fall.

Somit kommen wir zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde und frage den Rat an, ob es Änderungsanträge dazu gibt. – Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 09.11.2015, betreffend Stand «Ausbau Veloroutennetz innerorts»
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4254 / A

Christoph Morat, Gemeinderat: Wie Ueli Keller schon festgehalten hat, kann es manchmal etwas länger dauern, bis eine ausführliche Antwort vorliegt. Bereits am 9. November 2015 hatte Andreas Bammatter diese Interpellation eingereicht, und er hatte um schriftliche Beantwortung gebeten. Diese liegt jetzt vor. Ich habe jetzt nicht im Sinn, noch viel ausführlicher zu werden. Ich kann Ihnen nur folgendes sagen: Der Gemeinderat hat natürlich mittlerweile auch andere als die hier beschriebenen Aspekte mit einbezogen. Er hat im Leitbild beim Thema Mobilität eine Verlagerung des Modalsplit und ein sicheres Strassennetz für alle Teilnehmer unter den Zielen festgehalten. Im REK hat er das nochmals verdeutlicht, und er hat auch bereits an seinem Workshop im Mai beschlossen, dass ein Langsamverkehrskonzept entstehen soll. Daran arbeiten wir jetzt gerade. Vor allem unsere Verkehrsplaner im Bereich Entwicklung-Planen-Bauen sind zurzeit voll mit diesem Konzept beschäftigt. Auf einen Punkt sollte ich vielleicht noch etwas näher eingehen. Bezüglich des Abschnitts zwischen Grabenring und Allschwil Dorf können wir zum Realisierungszeitpunkt nichts Genaues sagen. Wir können auch noch nicht genau sagen, wie die Verkehrsführung dort aussehen wird. Wir haben dort Geld gesprochen für den Erhalt von Parkplätzen an der Stelle, wo die Stützmauer verschoben werden muss, die in der Nähe des eingedolten Baches steht. Als allerneueste Information kann ich Ihnen dazu mitteilen, dass die Planung für den Kreisel Grabenring inzwischen rechtskräftig ist. Einsprachen, die vorgelegen haben, sind vom Regierungsrat abgewiesen worden. Eine Einsprache, die zunächst als Kantonsgericht weitergezogen werden sollte, wurde dann von den Einsprechenden selber zurückgezogen. Somit verfügen wir über ein fast baureifes Projekt zu diesem Kreisel Grabenring/Hegenheimermattweg, und es kann auch schneller darüber nachgedacht werden, dass man die Veloroute über den sicheren Veloweg vom jetzigen Kreisel Grabenring bis zum Kreiselgrabenring/Hegenheimermattweg führen kann und dann über den Hegenheimermattweg in Richtung Dorf. Diese Chance ist jetzt um einiges grösser, als sie es noch bei der Beantwortung der Interpellation war.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Besten Dank für die ergänzenden Ausführungen. Im Namen der SP-Fraktion hatte Andreas Bammatter eine schriftliche Beantwortung dieser drei Fragen erbeten:

1. Welche Radrouten innerorts sind bereits realisiert?
2. Welche Art Routen werden in absehbarer Zeit realisiert?
3. Welche Massnahmen für die Steigerung der Verkehrssicherheit der Velofahrerinnen und Velofahrer versucht der Gemeinderat in das Projekt Erneuerung der Baslerstrasse einfließen zu lassen?

Bei den Fragen 1 und 2 war nach einer simplen Auflistung gefragt worden, und bei Frage 3 ging es darum, das Bewusstsein und das Engagement des Gemeinderats diesbezüglich zu stärken. Es handelte sich also in Bezug auf den Befragungsaufwand um eine sehr überschaubare Interpellation. Nichtsdestotrotz sind bis zur Vorlage der Antwort genau drei Jahre vergangen. Das Projekt Erneuerung der Baslerstrasse befindet sich schon mitten in der Bauphase, und der Interpellant ist mittlerweile ein ehemaliges Mitglied des Einwohnerrates. Erst nachdem sich die SP-Fraktion vor der Sommerpause mittels einer kleinen Anfrage über die inhaltlich unerklärliche und vom Gemeinderat nie begründete Wartezeit beschwert hatte, kam plötzlich Bewegung in die Sache. Daher stellt sich für uns die Frage, wie die Zusammenarbeit zwischen Einwohnerrat, Gemeinderat und Verwaltung in Zukunft verbessert werden kann. Es ist eben nicht so, wie Ueli Keller meinte, dass Interpellationen, wie es eigentlich der Fall sein sollte, auf eine der nächsten Sitzungen beantwortet werden, sondern es kann auch sehr lang dauern. Auch im vorliegenden Fall ist es so, dass der Rat sehr lange warten musste. Man könnte auf die Idee kommen, dass der Vorstoss einfach vergessen gegangen war. Die SP-Fraktion ist in dieser Hinsicht klar der Meinung, dass es nicht Aufgabe der einzelnen Fraktionen oder Einwohnerratsmitglieder ist, sich beim Gemeinderat über die Gründe einer langen Beantwortungszeit informieren zu müssen, sondern dass es sich klar um eine Bringschuld des Gemeinderats an den Einwohnerrat handelt. Daher bittet die SP-Fraktion darum, dass in Zukunft in der Dokument-, Termin- und Geschäftsplanung bei allen Vorstössen vermerkt wird, wenn es zu einer längeren Bearbeitungszeit kommen muss.

Zum inhaltlichen Teil: Die Beantwortung der Interpellation hat dem Rat keine neuen Erkenntnisse geliefert über das hinaus, was wir nicht auch während der verstrichenen drei letzten Jahre erfahren haben. Dazumal wäre es sicher interessant gewesen zu erfahren, was der Gemeinderat in Bezug auf die dritte Frage unternehmen möchte. Ebenfalls ist mittlerweile der kantonale Veloweg zwischen Oberwil und Allschwil fast abgeschlossen. Es fehlt lediglich noch die letzte Etappe vom Herrenweg, Höhe Spitzwald, zur Ochsenegasse hinunter. Grosses Augenmerk schenkt die SP-Fraktion dem noch ausstehenden Langsamverkehrskonzept, das Gemeinderat Christoph Morat erläutert hat, mit der Schwachstellenanalyse, die dazu erfolgen soll. Allschwil formuliert in den letzten Jahren gern zahlreiche Strategien und Konzepte. Mit der entsprechenden Umsetzung und den daraus folgenden Massnahmen hapert es jedoch öfters. Dafür müssen wir uns im Einwohnerrat, aber auch im Gemeinderat wieder vermehrt zusammenehenen.

Markus Gruber, Präsident: Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Gibt es einen Gegenantrag? – Das ist nicht der Fall. Somit ist die Diskussion eröffnet.

Diskussion

Ueli Keller, EVP/GLP/Grünen-Fraktion: Ich möchte nur nachdoppeln. Im Geschäftsreglements steht, dass eine Interpellation an der nächsten Sitzung beantwortet werden muss. Ich habe mir also bei meinem Vorstoss schon etwas überlegt.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das Geschäftsreglement des Einwohnerrates ist den Gemeinderat bekannt. Es gibt auch keine Entschuldigungen. Ich kann höchstens den Einwohnerrat dahingehend informieren, dass wir im Gemeinderat immer an der auf eine Einwohnerratssitzung folgenden Sitzung die Aufträge, die vom Einwohnerrat gekommen sind, analysieren und verteilen. Ich hoffe, dass wir dadurch künftig schneller sind in der Beantwortung oder auch im Nichtentgegennehmen von Vorstössen. Wir haben dazu auch neu das Instrument einer Arbeitsgeschäftsliste eingeführt, die dann in die Liste einfließen wird, die Ihnen regelmässig ausgeteilt wird. Wir hoffen, dass wir uns dadurch in diesem Punkt sehr verbessern können.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Auch die FDP-Fraktion hat sich gewundert, wie lange es dauerte, bis die Antwort kam. Wir haben aber jetzt das Papier wohlwollend zur Kenntnis genommen. Die Frage, die wir uns gestellt hatten, nämlich bis wann man mit Ergebnissen hinsichtlich des Konzepts zum Langsamverkehr rechnen kann, hat Christoph Morat nahezu beantwortet.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben. Es gibt keine Abstimmung über Interpellationen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich kann die Frage von Rahel Balsiger, wenn dies heute doch ihre letzte Sitzung ist, gerade schon beantworten. Wir haben die Erarbeitung des Langsamverkehrskonzepts, wenn ich es auswendig richtig im Kopf habe, für den Zeitraum 2019–2021 im Massnahmenkatalog. Dann sollte es in die zuständige Kommission und dann wieder hier in den Einwohnerrat kommen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Interpellation von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 28.02.2018, betreffend
Strassenlärmbelastung Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4376 / A

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Der Gemeinderat hätte diese Interpellation von Etienne Winter schon viel früher beantworten wollen. Das sieht man an der Traktandenliste; dies ist jetzt ungefähr der dritte Anlauf, und ich bin sehr froh, dass ich jetzt dazu komme. Das Traktandum wurde mehrfach verschoben.

Frage 1: Welche Gemeinde- und Kantonsstrassen in Allschwil überschreiten nach LSV die definierten Grenzwerte hinsichtlich der Strassenlärmbelastung?

Die Auflistung hat gezeigt, dass auf Seiten der Gemeinde die Parkallee, die Klarastrasse, die Spitzwaldstrasse und der Hegenheimermattweg betroffen sind. Auf Seiten des Kantons sind dies die Basler-, die Binninger-, die Fabrikstrasse und der Grabenring.

Frage 2: Wie weit sind die Arbeiten zur Strassenlärmsanierung vorangeschritten? Welche Anstrengungen wurden vom Gemeinderat diesbezüglich in den vergangenen Jahren unternommen? Und kann die Frist eingehalten werden?

Einerseits ist zwar die Umsetzung des Sanierungsprojekts am 31.3.2018 verstrichen. Aber dank einer Motion des CVP-Nationalrats aus dem Tessin, Filippo Lombardi, kann man unabhängig hiervon noch fünf weitere Jahre Anträge auf Bundessubventionen einreichen. Bereits im Dezember 2016 war ein Ingenieurbüro beauftragt worden, Lärmschutzprojekte für die drei Strassen Parkallee, Klarastrasse und Spitzwaldstrasse auszuarbeiten. Am 21. März hat der Gemeinderat beschlossen, auf diesen Strassen einen sogenannten SDA 812-Belag einzubauen, wobei die Abkürzung SDA für «semidichter Asphalt» steht. Es handelt sich hier um eine Massnahme, die eine Lärmreduktion um etwa 1 dB zur Folge hat. Weil nun Zeit vergangen ist, und dazwischen viel getan wurde, verhält es sich momentan so, dass die Klarastrasse bereits umgebaut wurde. Der beschlossene Belag ist dort bereits drin. Die Randsteine sind gesetzt, und aktuell werden, wenn ich richtig informiert bin, die letzten Markierungen aufgebracht. Somit ist auch der Veloweg, der dort talwärts führt, wieder deutlich und sicher markiert, sodass man weiss, wer wo zu fahren hat.

Frage 3: Falls in unserer Gemeinde solche Grenzwertüberschreitungen immer noch festzustellen sind, welche Massnahmen stehen dem Gemeinderat grundsätzlich für deren Bekämpfung zur Verfügung und welche Massnahmen können kostengünstig und effizient ergriffen werden?

Diese Frage muss man zweigeteilt beantworten. Alternativ zum Belag SDA 812 gäbe es noch den Belag SDA 412, Lärmschutzwände und Lärmschutzwälle und im weitesten Sinne natürlich auch die Anordnung von Tempo 30 als Massnahme. Aber alle diese Massnahmen haben erhebliche Nachteile. Der Belag SDA 412 hat zwar den Vorteil, dass er eine Reduktion um 3 dB statt nur um 1 dB bewirkt, aber er ist erheblich weicher und hält daher nur halb so lang, also rund zwölf Jahre. Insbesondere die Klarastrasse und die Parkallee werden von 40-Tonnern und auch von BVB-Bussen befahren. Diese Einwirkungen können dem Belag SDA 412 sehr stark zu setzen. Furchen und Spurrinnen wären die Konsequenzen, was besonders für Velofahrer eine Gefährdung darstellt. Die Negativpunkte der potentiellen Gefährdung des Veloverkehrs und der Verdoppelung der Bauintervalle bei der Belagsanierung, die ihrerseits wieder Baulärm und Umstände generieren, wiegen schwer. Zudem erachtet der Gemeinderat die Verdoppelung der Belagserneuerungsintervalle nicht als nachhaltig. Lärmschutzwände und Lärmschutzwälle scheiden aus geometrischen Gründen auf den engen Platzverhältnissen sowieso aus. Tempo 30 schliesslich reduziert den Lärm auch nur dann, wenn die Verkehrsteilnehmer entsprechend fahren oder – was die Busse und Lastwagen angeht – fahren können. Es ist nämlich mit dem Aufstellen einer Tempo 30-Tafel nicht getan.

Art. 32 SVG regelt, dass auf jeden Fall zuerst ein Verkehrsgutachten erstellt werden muss. Es ist zudem, wie seinerzeit bereits bei der Motion Uccella ausführlich dargelegt wurde, fraglich, ob Tempo 30 auf einzelnen Strassenabschnitten – und nicht in Zonen – gerechtfertigt werden kann. Auf alle weiteren mit dem Thema noch verbundenen Artikel möchte ich nicht näher eingehen. Ein Verkehrsgutachten kann zum Schluss kommen, dass bauliche Massnahmen ergriffen werden müssten, wenn die gemessene Geschwindigkeit wesentlich über der Zielgeschwindigkeit von 30 km/h liegt. «Bauliche Massnahmen» meint das Anbringen von Gestaltung- oder Verkehrsberuhigungselementen, zum Beispiel Schwellen, die wiederum zu Lärmemissionen beim Anfahren führen, sowie Engnisse oder versetztes Parkieren, was sich besonders bei Busverkehr ungünstig auf Begegnungssituationen auswirken und den Fahrkomfort massiv verschlechtern könnte. Welche Massnahme auch ergriffen werden würde – nach einem Jahr müsste ihre Wirksamkeit so oder so evaluiert werden. In Art. 5, Gestaltung des Strassenraumes, steht zur Ausprägung von Tempo 30 noch erklärend: «Die Übergänge vom übrigen Strassennetz in eine Zone müssen deutlich erkennbar sein. Die Ein- und Ausfahrten der Zone sind durch eine kontrastreiche Gestaltung so zu verdeutlichen, dass die Wirkung eines Tores entsteht.»

Was die Kostengünstigkeit und Effizienz angeht, so ist dies natürlich auch immer eine Frage des Standpunkts des Betrachters und der Priorisierung. Lärmschutzwände und -wälle fallen grundsätzlich aufgrund der Topographie ausser Betracht. Die beiden anderen Massnahmen generieren weitere Kosten. Wie hoch diese ausfallen, kann man leider nicht pauschal sagen, weil die anfallenden Massnahmen im Einzelfall zuerst festgelegt werden müssten.

Ich hoffe, sie sind mit diesen Ausführungen zufrieden, und danke fürs Zuhören.

Markus Gruber, Präsident: Ich frage den Interpellanten an, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Nein, natürlich bin ich nicht zufrieden mit der Antwort. Das hätte man auch schon vorher eruieren können. Im Leitbild des Gemeinderats heisst es wie folgt: «Die Lärm- und Schadstoffeinflüsse des motorisierten Individualverkehrs sind zu verringern und hierfür unter anderem der öffentliche und Langsamverkehr zu fördern.» Wie bereits angetönt, ist eigentlich zum 31. März 2018 die Frist für nötige Lärmsanierungen nach mehrjähriger Aufschiebung abgelaufen. Spätestens ab dann hätten die Lärmgrenzwerte eingehalten werden müssen. Aber wie in zahlreichen anderen Gemeinden ist die Frist in Allschwil nicht eingehalten worden.

Eine Teilfrage unter Ziffer 2 der Interpellation lautete: Welche Anstrengungen wurden vom Gemeinderat in punkto Strassenlärmsanierungen in den vergangenen Jahren unternommen? Wir können in der Antwort lesen: Ende 2016 wurde die Ausarbeitung von Lärmschutzprojekten für die lärmbelasteten Gemeindestrassen Parkallee, Klarastrasse und Spitzwaldstrasse in Auftrag gegeben. Genau drei Wochen vor Ablauf der Frist, nach intensiver Beratung und Interessensabwägung, wie es so schön heisst, hat sich der Gemeinderat dann für eine Lärmsanierungsmassnahme in Form einer Belagssanierung ausgesprochen. In Anbetracht dessen, dass die Lärmschutzregelung der Gemeinde seit 1987 bekannt sein sollte, lässt sich für die SP-Fraktion erkennen, dass von gemeinderätlicher Weitsicht bei diesem Thema nicht gesprochen werden kann. Neben einer bescheidenen Weitsicht in Sachen Fristeneinhaltung muss ich dem Gemeinderat leider auch eine bescheidene Weitsicht in Sachen Wahl der Lärmsanierungsmassnahmen unterstellen. Nach dem Gemeinderatsbeschluss vom 21. März, die Aufbringung des Belag SDA 812 als Lärmsanierungsmassnahme durchzuführen, verbleiben von 182 Liegenschaften, die grenzwertüberschreitenden Lärmbelastungen ausgesetzt sind, noch genau 82 Liegenschaften übrig. Das sind zwar 100 Liegenschaften weniger, die einer grenzwertüberschreitenden Lärmbelastung ausgesetzt sind. Aber es bleiben nach dieser Massnahme eben noch 82 Liegenschaften übrig. Das sind 82 Liegenschaften, die, jede einzelne, seit dem 1. April 2018 die Einwohnergemeinde einklagen könnten. Wie effektiv ist denn die Massnahme, die der Gemeinderat beschlossen hat, bei den einzelnen Gemeindestrassen? Gerne würde ich hier anhand der uns vorliegenden Unterlagen einen kurzen Vergleich zwischen der Spitzwaldstrasse und der Parkallee vornehmen. Bei der Spitzwaldstrasse werden im Vergleich zwischen Z1 = vor der Massnahme und Z2 = nach der Massnahme, von 55 Gebäuden noch 23 Gebäude mit grenzwertüberschreitendem Lärm belastet sein. Das sind 22 Gebäude oder 42 % weniger. Man sieht also, die Massnahme greift bei diesem Projekt ein Stückweit. Nun zur Parkallee: Von 56 Gebäuden, die in Z1 über dem Grenzwert sind (das sind übrigens alle angrenzenden Gebäude mit Ausnahme eines einzigen) verbleiben nach der vom Gemeinderat beschlossenen Massnahme in Z2 56 Gebäude mit grenzwertüberschreitenden Belastung übrig. Das sind null Gebäude weniger oder 0 % weniger. Von einer Massnahme zur Einhaltung der Lärmschutzregelung kann also nicht die Rede sein. Was waren denn das bitteschön für Interessen, die bei der angesprochenen Gemeinderatssitzung gegeneinander abgewogen wurden? Das Interesse an der Einhaltung von geltenden Bundesgesetz kann es nicht gewesen sein, was die SP-Fraktion als überaus bedenklich ansieht. Genauso wenig, und das ist für uns ebenfalls erstaunlich, obsiegt auch nicht das Argument der Kosteneffizienz, das sonst vom

Gemeinderat immer an vorderster Front angeführt wird. Mittlerweile liegt dem Einwohnerrat der neue Aufgaben- und Finanzplan vor. Dort können wir dem Investitionsprogramm entnehmen, dass dieses Strassensanierungsprojekt den Steuerzahler 4.2 Millionen Franken kostet, 3.5 Millionen für die Sanierung des Strassenbelag Spitzwaldstrasse und 740'000 für die Belagssanierung der Parkallee. Die Kosten für die Sanierung der Klarastrasse sind nicht aufgeführt. Sie ist, wie wir jetzt wissen, bereits saniert worden.

Die dritte Frage der Interpellation ist ebenfalls nicht vollständig beantwortet worden. Welche Massnahmen dem Gemeinderat grundsätzlich zur Verfügung stehen, wurde gesagt. Aber welche Massnahmen kostengünstig und effizient umgesetzt werden können, wissen wir nicht. Ich bitte daher den Gemeinderat, hier eine korrekte Antwort zu liefern. Das einzige was hier steht, ist «Wir haben beschlossen, dass...». Das ist aber nicht das Gleiche. Wie viel kostet uns eine andere Alternative? Auch die Preise sind nicht enthalten. Zu guter Letzt spricht auch der momentane Zustand der drei Strassen gegen eine Belagssanierung. Im Gegensatz zur Baslerstrasse und zum Hegenheimermattweg sind diese drei Strassen nicht durch einen Flickenteppich gezeichnet, zumal der Belag der Spitzwaldstrasse von Höhe Lerchenweg bis zur Baslerstrasse erst vor wenigen Jahren saniert wurde, das ist praktisch die Hälfte der ganzen Strasse.

Aufgrund dieser Ausführungen bitte die SP-Fraktion den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Anschlussfragen:

1. Welche Argumente haben bei der Interessenabwägung des Gemeinderats dominiert, wenn es die Einhaltung von Bundesgesetz und die Kosteneffizienz nicht gewesen sein können?
2. Sind bis zum heutigen Datum bereits Klagen von Anwohnerinnen oder Anwohnern oder von Verbänden bei der Gemeinde eingegangen? Wie schätzt der Gemeinderat generell die Erfolgsaussicht solcher Klagen ein?
3. Ist dem Gemeinderat bei seiner Entscheidung bewusst, dass ein lärmreduzierender Belag teurer in der Ausführung ist und gleichzeitig schneller wieder ersetzt werden muss und seine Wirkung über die Jahre verliert, was bedeutet, dass abnehmendem Nutzen steigende Kosten gegenüberstehen?

Vor wenigen Jahren, hier im Einwohnerrat, hat Mathilde Oppliger genau ein solches Postulat auf Prüfung von lärmminimierenden Belägen eingebracht. Damals hat der Gemeinderat gesagt, das könne man nicht machen, weil es zu teuer sei und seinen Nutzen verliere und als Massnahme noch nicht ausgereift sei. Das Postulat wurde nicht überwiesen, auch der Einwohnerrat hatte damals dagegen gehalten. Heute haben wir ein ganz anderes Bild, und ich frage mich, hat sich in zehn Jahren so viel verändert?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Besten Dank für die Ausführungen. Ich hatte es schon gerochen, dass du nicht zufrieden sein wirst. Es liegt anscheinend in der Natur der Sache, und war auch in der Vergangenheit schon so, dass, wenn ich etwas sage, man nicht so zufrieden ist. Ich nehme es mit Humor. Wir nehmen diese Anschlussfragen selbstverständlich entgegen und werden schauen, wie wir sie beantworten können. Nur eines möchte ich jetzt sagen: Frage 3 aus der Interpellation ist beantwortet. Wenn wir für jede einzelne Massnahme ein Szenario durchspielen sollen, so können wir das natürlich tun, aber es wird immer eine Hypothese bleiben. Wenn das die Meinung ist, können wir es schon so machen. Bedeutet dann eben einen grösseren Aufwand, und ich hoffe, dass ich nicht wieder Schiffbruch erleide wie bei der Sache mit der Lichtsignalanlage, wo wir alle Varianten durchgebetet hatten und es am Ende doch nicht recht war. Also wenn das hier gewünscht ist, dann bitte ich Etienne Winter, auf mich zuzukommen und mitzuteilen, was genau er möchte, damit wir das verstehen und entgegennehmen können.

Markus Gruber, Präsident: Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Gibt es einen Gegenantrag? – Das ist nicht der Fall. Somit ist die Diskussion eröffnet.

Diskussion

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Ich möchte etwas richtigstellen. Es wurde gesagt, man müsse ein Gutachten einholen, wenn man Tempo 30 einführen wolle. Das ist dann der Fall, wenn man eine Tempo 30-Zone einführen will. Wir reden hier aber nicht über eine Zone, sondern über eine Signalisation von abweichenden Höchstgeschwindigkeiten. Hierzu kann man in der Signalisations-Verordnung, Art. 108, nachlesen, dass man derartiges realisieren kann «zur Reduktion einer übermässigen Umweltbelastung». Es braucht da gar keine Tempo 30-Zonen. Ich möchte dem Gemeinderat einfach beliebt machen, dass er sich bei der Beantwortung solcher Fragen mit Leuten in Verbindung setzt, die das Metier im Griff haben. So könnten wir uns hier im Einwohnerrat viel Ärger ersparen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich möchte nicht die Kompetenz der Person anzweifeln, die bei diesem Votum geholfen hat. Aber du kannst sicher sein, dass ich mir meine Antwort nicht allein aus den eigenen

Fingern gesogen habe. Tatsächlich ist es aber möglich, dass man nicht auf den neuesten Stand ist. Wir werden dem selbstverständlich nachgehen. Aber ich lasse mir sicher nicht sagen, dass die Leute, die das gemacht haben, nicht kompetent seien.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grünen-Fraktion: Ich habe eine kurze generelle Bemerkung und eine kurze Frage. Generelle Bemerkung: Ich finde nicht nur den Fluglärm schlimm, sondern auch Strassenlärm kann sehr ungesund sein. Und da finde ich, unabhängig von Allschwil, dass das, was die Schweiz bei der Umsetzung ihres Lärmschutzgesetzes bietet, ein absolutes Trauerspiel ist. Ich bin ein überzeugter Demokrat. Und was hier passiert ist, finde ich nicht demokratiefreundlich. Ich habe gehört, 80 % dessen, was umgesetzt sein sollte, sei nicht umgesetzt, und man sagte dann einfach: Wenn's nicht geht dann gehts halt nicht. Jetzt die spezielle Frage, sie wurde aus der Bevölkerung an mich herangetragen: Wie ist das denn, wenn jemand in einem Bereich wohnt, wie ihn Etienne Winter vorhin aufgezählt hat, also ein Bereich, der eigentlich Anspruch auf Lärmschutz hat, jedoch dieser Anspruch nicht erfüllt ist? Können dann die Hausbesitzer oder Bewohner eine Beschwerde einreichen? Wie können Sie erreichen, dass ihrem Anspruch entsprochen wird?

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich bin froh, dass Etienne Winter diese Interpellation zur Strassenlärmbelastung eingereicht hat; so wird auch dieses wichtige Thema hier einmal breit diskutiert. Man nimmt es wahr und redet nicht nur über den Fluglärm. Wir haben in der FDP-Fraktion die Antworten des Gemeinderats zur Kenntnis genommen, und die Mehrheit der Fraktion kann Ihnen auch gut folgen und ist mit den getroffenen Massnahmen einverstanden. Eine Mindermeinung findet, dass der Kompromiss, der bei der Parkallee umgesetzt werden soll, keinen grossen Nutzen ergibt. Durch die Reduktion um 1 dB gelangt kein einziges Gebäude unter den Grenzwert. Darum stellt sich für uns dort die Frage der Verhältnismässigkeit. Wie die Ausführungen von Philippe Hofmann vorhin ergeben haben, spricht gegen den besseren Flüsterbelag, dass er weniger belastbar ist und dass mit Spurrillen zu rechnen ist, was für Velofahrer gefährlich werden kann. Darum stellt sich die Frage, ob das Aufbringen von Flüsterbelag in der Parkallee überhaupt ein gangbarer und verhältnismässiger Weg ist, oder ob es nicht ehrlicher wäre, wenn man dort eine Entlastungsverfügung verlangen würde, wozu sich dann jeder Anwohner äussern und den Rechtsweg ergreifen könnte. Natürlich hat die Gemeinde Allschwil lange Zeit gewartet, bis sie sich Gedanken gemacht hat über Massnahmen zur Einhaltung des Lärmschutzgesetzes. Allerdings ist sie nicht den Weg des Kantons Baselland gegangen, der sich in den letzten Jahren einfach grossmehrheitlich Entlastungsverfügungen geholt hat, weil man sich nicht vertiefte Gedanken gemacht hat und auch nicht kompromissbereit war. Damit möchte ich auch das Thema ein wenig auszuweiten, von den Gemeindestrassen auch auf die Kantonsstrasse, obwohl wir dort nicht zuständig sind. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir hier in Allschwil ein Problem haben. Denn der Kanton hat an der Baslerstrasse schon im Jahr 2011 sich dem Thema angenommen, indem er sich Entlastungsverfügungen holte. Ich war davon selbst auch betroffen. Ich hatte Gelegenheit für ein rechtliches Gehör und meldete mich beim Planungsbüro, weil vor allem in der Nacht der Lärmgrenzwert überschritten war. Ich stellte mir die Frage, ob nicht der Grenzwert eingehalten wäre, wenn die Baslerstrasse saniert wäre, und ob nicht eine Temporeduktion eine Lösung wäre. Die Antwort, die ich vom Planungsbüro erhielt, lautete: Über Lärmgrenzwerte ohne Sanierung der Baslerstrasse müsse man gar nicht reden, da müsse man sowieso etwas machen. Eine Temporeduktion auf 40 km/h, wie ich es vorgeschlagen hatte, hätte 2 dB gebracht, wie man mir sagte, was durchaus etwas ausmachen würde. Allerdings wurde die Meinung vertreten, dass man auch nachts auf der Baslerstrasse keine 40 km/h fahren könne. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass man nachts um 2:00 Uhr mit dem Auto auf der Baslerstrasse mit einem guten Fünziger fährt. Heute haben wir die Situation, dass sich die Grundlagen für eine Entlastungsverfügung geändert haben. Zum einen hat sich die Rechtslage durch einen Entscheid des Bundesgerichts geändert, wonach nicht nur solche Massnahmen verhältnismässig sind, die eine Einhaltung des Grenzwerts zur Folge haben, sondern auch solche, die eine Verbesserung mit sich bringen. Sprich: In meinem Fall wäre eine Temporeduktion in der Nacht von 50 auf 40 km/h eine merkbare Verbesserung. Wo ich aber ein grosses Fragezeichen setze, ist beim oberen Abschnitt der Baslerstrasse, vom Grabenring bis zum Dorfplatz. Für diese Sanierung haben wir keine Zeitangabe. Es gibt den Vorschlag eines Kreisels Basler-/Binneringerstrasse, gegen den sich zu Recht Widerstand formiert. Zudem musste die BVB in diesem Abschnitt schon lang neue Gleise installieren. Von dieser Seite liegt also keine Dringlichkeit für eine Sanierung vor. In der Verfügung, die ich damals erhielt, hiess es, dass der für 2030 angenommene Lärmpegel nur knapp unter dem Alarmgrenzwert liegen werde. Ich bezweifle, dass bis 2030 die Sanierung vor meinem Haus stattgefunden hat. Ohne Sanierung wäre dort der Lärmgrenzwert überschritten, sprich der Kanton müsste sich an Lärmschutzfenstern beteiligen. Ich habe die Erwartung, dass sich der Gemeinderat bei diesem Thema auch für die Anwohner einer Kantonsstrasse einsetzt, indem er beim Kanton vorstellig wird und eine aktuelle Lärmvermessung verlangt und in der Folge auch eine Aktualisierung der Prognose für 2030. Ein weiteres Problem, das für alle Anwohner besteht, sind Verfügungen, die seit Jahren in Rechtskraft

bestehen; und gegen solche Verfügungen etwas zu unternehmen, ist sehr schwierig. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich habe immer noch drei Fragen gestellt, und der Gemeinderat weigert sich, die unbequemen Fragen von mir zu beantworten. Ich stelle sie jetzt noch einmal:

1. Welche Argumente haben beim Gemeinderat in seiner Interessensabwägung dominiert? Die Einhaltung des Bundesgesetzes und die Kosteneffizienz haben nicht überwogen. Welche anderen Argumente haben dominiert?
2. Sind bis zum heutigen Datum bereits Klagen von Anwohnerinnen oder Anwohnern oder von Verbänden auf der Gemeinde hängig? Und wie schätzt der Gemeinderat die generelle Erfolgsaussicht solcher Klagen ein?
3. Ist der Gemeinderat sich bewusst, dass ein lärmminimierender Belag teurer in der Ausführung ist, schneller wieder ersetzt werden muss und seine Wirkung über die Jahre verliert? Was bedeutet, dass man höhere Kosten bei ständig abnehmendem Nutzen hat?

Und was die Entlastungsverfügungen angeht: Mir kommt es ein wenig so vor, als würde der Gemeinderat die Schildkröten-Taktik anwenden: Kopf einziehen und warten, bis es wirklich brennt. Schauen wir doch einmal in andere Kantone. Unser Kanton ist kein Vorbild. Der Kanton Baselland wehrt sich vehement gegen alles. Zug hingegen ist bis vor Bundesgericht gegangen genau wegen den Entlastungsverfügungen. Diese können wirklich nur dann erteilt werden, wenn es keine andere Alternative mehr gibt. Und ich frage mich, müssen wir Anwohnerinnen und Anwohner wirklich den Gemeinderat mit der Justiz geisseln, damit es vorwärts geht? Ist das wirklich die Grundsatterwartung der Exekutive an uns? Oder geht es auch anders? Ich weiss von Leuten, die gerne eine Verbandsklage einreichen würden. Es gibt sie. Und vielleicht wohnen sie auch an der Parkallee.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich spreche für einen Teil der Minderheit innerhalb der FDP-Fraktion. Ich sehe es ähnlich wie Etienne Winter in Bezug auf die Parkallee. Die Massnahmen sind nicht zielführend, und wenn etwas nicht zielführend ist, sehe ich nicht ein, warum man den Steuerzahler rund CHF 750'000 dafür zahlen lassen soll. Das ist eine Alibi-Übung. Aus meiner Sicht müssen alle Optionen geprüft werden, sie müssen abgewogen werden, und wenn sich herausstellt, dass keine der Optionen verhältnismässig ist, dann ist die letzte Option, wie es Etienne Winter sagte, nichts zu tun. Nicht ganz gleiche Meinung bin ich mit Christian Stocker Arnet hinsichtlich seiner Aussage zur Fachkompetenz. Es ist zwar richtig, dass man gemäss Art. 108 Höchstgeschwindigkeiten innerorts reduzieren oder sogar erhöhen kann. Aber unter Abs. 4 steht: «Vor der Festlegung von abweichenden Höchstgeschwindigkeiten wird durch ein Gutachten abgeklärt, ob die Massnahme nötig, zweck- und verhältnismässig ist oder ob andere Massnahmen vorzuziehen sind.»

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Gut, in diesem Falle schulde ich Etienne Winter eine Antwort. Ich dachte eigentlich, ich hätte sie vorhin gegeben, in dem ich sagte, dass wir die drei Fragen entgegennehmen. Ich kann sie selbstverständlich jetzt nicht beantworten, dies aus zwei Gründen. Erstens habe ich die dritte Frage schon inhaltlich nicht verstanden. Die anderen Fragen muss ich zuerst abklären, insbesondere was die Klagen angeht. Aber die Antwort wird kommen.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Ich möchte jetzt keinen juristischen Streit vom Stapel reissen. Ich bin für einfach erstaunt, dass der Gemeinderat offenbar keine Kenntnis von Art. 118 hat, der doch eine grundlegende Vorschrift ist, wenn es um Höchstgeschwindigkeiten geht.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Zur Frage von hängigen Klagen: Mit Kenntnisstand von heute ist keine eingegangen. Was die Prozesschancen angeht, habe ich kürzlich zufällig einen Artikel gelesen eines Berner Anwalts. Er schreibt, es bestehe ein Entschädigungsanspruch nur dann, wenn die Emissionen «unvorhersehbar und speziell sind und sie zudem einen schweren Schaden bewirken». Unvorhersehbar seien die Emissionen grundsätzlich dann, wenn der Grundeigentümer beim Erwerb des Grundstücks oder beim Bau des Gebäudes nicht mit den fraglichen Emissionen habe rechnen müssen. «Speziell» seien die Emissionen – in Anlehnung an einen Bundesgerichtsentscheid – dann, wenn die umweltrechtlichen Immissionsgrenzwerte überschritten sind. Das sind sie meiner Meinung nach im vorliegenden Fall nicht. Im Weiteren muss der bewirkte Schaden «schwer» sein, und das gelte in der Regel dann, «wenn die betroffene Liegenschaft durch die Emission einen Minderwert von mindestens 10-15 % erfährt». Ich würde also meinen, dass wir ruhig schlafen können in der Frage einer möglichen Entschädigungsforderungen. Aber das ist meine persönliche Einschätzung und auch keine politische Aussage und nicht politisch zu werten.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben. Allerdings habe ich es so verstanden, dass Gemeinderat Hofmann noch auf die Fragen von Etienne Winter eingehen wird.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Interpellation von Lukas Hess und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 12.06.2018, betreffend Stand Überarbeitung des Generellen Wasserversorgungsprojektes (GWP)
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4401 / A

Franz Vogt, Gemeinderat: Wie Sie gesehen haben, liegt unterdessen das Generelle Wasserversorgungsprojekt (GWP) vor, auch wenn es etwas länger gedauert hat. Sie haben die schriftliche Antwort gelesen. Ich möchte sie nur kurz zusammenfassen. Natürlich können anschliessend Nachfragen erfolgen, wenn genauere Ausführungen gewünscht sind. Das Zwei-Zonen Projekt ist weiterhin aktuell. Damit kann unter anderem das Reservoir Schönenbuchstrasse besser genutzt werden. Dies bedingt den Bau eines Pumpwerks an der Binnerstrasse. Die IWB haben angekündigt, ihre Transportleitung sowie die Wasserübergabestelle in diesem Gebiet in den Jahren 2020/2021 zu erneuern. Der Bau des genannten Pumpwerks würde in Koordination mit diesen Vorhaben durchgeführt. Da das Leitungsnetz an gewissen Orten überdimensioniert ist, können einige Leitungen aufgehoben werden, andere können im Querschnitt verkleinert werden. Das sorgt für bessere Strömungsverhältnisse. In den nächsten Jahren ist vorgesehen, das Leitungsnetz kontinuierlich zu erneuern. Dafür sind durchschnittlich CHF 700'000 pro Jahr vorgesehen. Weiterhin ist vorgesehen, im Hegenheimermattweg die zweite Wasserleitung aufzuheben. In der Baslerstrasse gibt es diverse Leitungsoptimierungen. Auch die Hauptleitung in der Feldstrasse und die Transportwasserleitung Wasserturm – Reservoir Schönenbuchstrasse werden redimensioniert. Beim Reservoir Schönenbuchstrasse wird die Löschwasserreserve in die Brauchwasserreserve integriert. Alle diese Investitionen sind im Finanzplan 2019–2023 berücksichtigt, der Ihnen ja unterdessen auch vorliegt.

Markus Gruber, Präsident: Ich frage die Interpellanten an, ob sie mit der Antwort zufrieden sind.

Lukas Hess, SP-Fraktion: Wir bedanken uns für die Beantwortung unserer Interpellation und auch für den guten und ausführlichen Bericht über das Generelle Wasserversorgungsprojekt 2018. Warum es so lange gedauert hat, darauf möchte ich nicht mehr näher eingehen, man kann das im Bericht nachlesen. Wir hoffen, dass die Arbeiten gemäss Finanzplan und Investitionsprogramm auch ausgeführt werden und uns der Gemeinderat dann darüber berichten kann.

Markus Gruber, Präsident: Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Gibt es einen Gegenantrag? – Das ist nicht der Fall. Somit ist die Diskussion eröffnet.

Diskussion

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich habe den Bericht zwar durchgelesen, ich habe aber keine Begründung dafür gefunden, warum man das Generelle Wasserversorgungsprojekt drei Jahre lang liegen liess und es dann nochmals überarbeiten lassen musste, was meiner Meinung nach wieder ein Honorar anfallen liess. Den Grund dafür würde ich schon gerne wissen. Und eine zweite Frage: In einer nächsten Sitzung werden wir uns ja wieder mit dem Budget 2019 auseinandersetzen dürfen. Da stelle ich fest, dass wir bei der Wasserversorgung wieder einen üppigen Ertragsüberschuss von fast CHF 1 Million haben. Ich stelle auch fest, dass keine grösseren Investitionen geplant sind. Ich habe im Bericht auch gelesen, dass unser Wassernetz eigentlich sehr gut erhalten ist, was ja löblich ist. Aber ich sehe nicht ein, warum wir dann so einen grossen Überschuss machen müssen. Das war ja, wenn ich mich recht erinnere, auch in den letzten Jahren immer wieder ein Thema. Aber dazu wird jetzt wahrscheinlich die Antwort kommen, dass wir das in der Budgetdebatte behandeln müssen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wir haben in dem Bericht auch keinen Grund dafür gefunden, warum es so lange gegangen ist. Aber wir haben eine Vermutung dazu. Könnte es eventuell sein, dass das Projekt EVA nicht ganz unschuldig ist, weil es ja doch ziemlich viele Ressourcen gebraucht hat, sodass man anderes zurückstellen musste? Zum Zweiten: Es gibt Städte in der Umgebung, die plötzlich gewisse Dinge im Zusammenhang mit der Wasserversorgung renovieren und auf den neuesten Stand bringen

mussten. Gäbe es nicht zur Entlastung der Gemeindeangestellten die Möglichkeit, die Arbeiten extern zu vergeben? Denn wie wir gehört haben, haben wir ja wieder einen guten Batzen mehr in diesem *Kässeli*. Das nötige Geld müsste ja nicht extra gesprochen werden, man könnte es einfach aus dem *Kässeli* herausnehmen und den Auftrag vergeben. Denn wie man bei der Führung im Werkhof gesehen hat, gibt es ja ziemlich viele alte Leitungen, die man eigentlich einmal sanieren sollte. Man könnte die Angestellten entlasten, indem man die Hauptleitung extern vergibt und den Rest selber macht. So könnte man das Ganze ein bisschen beschleunigen, und Geld kostet es ja sowieso. Und ein Loch graben muss man auch.

Franz Vogt, Gemeinderat: Warum der GWP im Jahr 2015 liegen geblieben ist, ist mir ehrlich gesagt auch nicht ganz klar. Aber dann hat uns ja der langjährige Hauptabteilungsleiter Tiefbau Andres Linder verlassen. Auch gab es andere Vakanzten, die nicht mit dem EVA-Projekt zusammenhängen. Es gab normale Kündigungen. Philippe Laugel, der mit dem GWP zu tun gehabt hatte, wurde Werkhof-Chef. So hat sich alles hingezogen, und schliesslich sagte man, es hat wenig Sinn, den GWP von 2015 nochmals in den Gemeinderat zu bringen, und man gab ihn der Firma nochmals zur Überarbeitung. Die vakant gewesenen Stellen sind inzwischen wieder besetzt. Das spürt man auch gut. Der Output ist wieder deutlich höher. Wir haben jetzt im Gemeinderat wieder viel mehr Geschäfte laufen, die aus dem Tiefbau kommen. Es läuft wieder sehr gut.

Zur Frage bezüglich Überschuss: Andreas Bärtsch erinnern sich richtig, dass dieser schon seit zwei, drei Jahren besteht. Wer schon etwas länger im Einwohnerrat sitzt – und damit meine ich nicht nur Jean-Jacques Winter –, wird sich erinnern, dass die Wasserkasse immer ziemlich tiefrot war. Dass sie das jetzt nicht mehr ist, hat hauptsächlich zwei Gründe. Erstens gab es mehrere grössere Bauprojekte, aus denen relativ erkleckliche Anschlussbeiträge resultierten. So etwas ist schlecht zu budgetieren, und in einem Finanzplan schon gar nicht adäquat abzubilden. Der andere Punkt ist die Umstellung vom HRM 1 auf HRM 2. Der Abschreibungssatz wurde sehr stark gesenkt. Dadurch hat man jetzt kleinere Abschreibungen. Man hat in den letzten Jahren zweimal den Wasserpreis gesenkt. Wichtig ist, dass man das im Auge behält. Aktuell denke ich nicht, dass es Sinn macht, erneut zu reagieren. Denn unter den Massnahmen, die der Gemeinderat beschlossen hat, ist eine der wichtigsten, dass man eine Immobilienstrategie auch für den Tiefbau machen will. Das Problem ist ja, dass man eine Wasserleitung nicht auswechseln kann, ohne eine Strasse aufzureissen. Dort liegen dann auch noch andere Versorgungsleitungen. Man hat zwar viele Unterlagen über Strassen, Wasserleitungen, Abwasserleitungen etc. je für sich. Aber eine zusammenführende Strategie liegt noch nicht vor. Im Investitionsplan ist vorgesehen, eine solche zu erstellen, damit die alten Gussleitungen planmässig nach und nach ersetzt werden können.

Zur Frage von Simon Zimmermann: Viele Arbeiten werden bereits extern vergeben, wenn es sich um grössere Massnahmen handelt. Diese können wir ja auch gar nicht selber ausführen. Man hat aber vor einem oder zwei Jahren das Team der Wasserversorgung um einem Mann aufgestockt, damit sie ihre Überwachungstätigkeit besser koordinieren können. So etwas extern zu vergeben, macht wenig Sinn. Die Trinkwasserqualität ist doch ein sehr hohes Gut und sie zu überwachen ist eine Kernaufgabe der Gemeinde.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Da gebe ich Ihnen recht. Aber es ging mir nicht um die Überwachung der Trinkwasserqualität. Aber es gibt doch so viele Strassenabschnitte in Allschwil, wo etwas getan werden müsste, und man hat ein paar Jahre lang einiges versäumt. Da ist wirklich die Frage, ob man es nicht extern vergeben sollte, um es zu beschleunigen.

Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion: Ich muss von meinem Geschäft aus jährlich Trinkwasserproben abgeben. Die Ergebnisse sind immer sehr gut. So schlimm, dass die Qualität gefährdet wäre, kann es mit den Leitungen also nicht sein. Und wie Franz Vogt sagte, man reisst ja eine Strasse nicht nur wegen der Wasserleitung auf, sondern man koordiniert es und macht eine Gesamterneuerung. Darum würde es nichts bringen, die Sanierung der Wasserleitungen jetzt extrem zu forcieren.

Franz Vogt, Gemeinderat: Das ist richtig. Man muss dazu auch wissen: Eine Gussleitung muss nicht per se schlecht sein. Sie kann ihren Dienst wunderbar weiterhin tun. Ich kann Simon Zimmermann aber versichern, dass dort, wo es kritisch ist oder vielleicht sogar Brüche auftreten, die Leitung ausgewechselt wird, auch wenn dafür die Strasse extra aufgerissen werden.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich hoffe, es ist so. Wir werden es bald sehen. Es wird es wieder kälter und dann kommen die Brüche wieder. Dann wird man sehen, welche Häuser geflutet werden. Letztes Jahr kam es allein im Baselmattweg an drei Orten vor.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: In Ziff. 4.7 des GBP steht: «Das Leitungsnetz der Wasserversorgung Allschwil weist eine hohe Leistungsfähigkeit auf ohne eigentliche Schwachstellen.», Und zwei Absätze weiter unten: «Das Leitungsnetz weist also keinen eigentlichen Handlungsbedarf auf. Allerdings sind im Zuge der Werterhaltung kontinuierlich Leitungen zu ersetzen...» Das ist ja genau das, was im Budget enthalten ist. Die Erneuerungsrate von 1 bis 1.5 % jährlich sind diese 900 m. Wir haben also eine gute Wasserversorgung. Die Infrastruktur ist gut unterhalten, und wir sind auf dem richtigen Weg.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Interpellation gilt als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Interpellation von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 02.09.2018, betreffend Schulleitung Kindergarten und Primarschule Allschwil
Geschäftsvertretung: SR-Präsidentin Pascale Uccella, Geschäft 4407 / A

Pascale Uccella, Schulratspräsidentin: Ich möchte mich bei Andreas Bärtsch für die Interpellation und seine Fragen bedanken. Ich freue mich, sie beantworten zu dürfen. Als die Interpellation einging, konnte ich leider noch nicht viel dazu sagen, weil wir als Schulrat noch mitten im Prozess waren. Wir haben als Schulrat einen Workshop veranstaltet, und wir hatten die in der Interpellation gestellten Fragen schon vorher aufgenommen und uns Gedanken dazu gemacht. Wir haben uns gefragt, warum wir so viele Wechsel haben. Wir haben nach der Lage der Schulleitung gefragt; für sie ist die Situation auch nicht einfach. Und ich möchte bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen, dass die Schulleitung in Allschwil eine super Arbeit leistet. Die Situation ist auch dadurch sehr schwierig geworden, dass sich die Bildungslandschaft stark verändert hat. Wir sind ziemlich schnell sehr gross geworden. Wir sind von anfänglich zwei Schulleitern zuerst auf drei und heute auf fünf Schulleiter angewachsen. In einem Team, das plötzlich auf fünf Mitglieder anwächst, gibt es Situationen, die nicht immer einfach sind, die aber auch in jeder Firma oder wo immer so auftreten. Wir haben einen Workshop veranstaltet, in dem wir die Schule bildlich als Haus darstellen, für welches wir das strategische Gerüst erstellen und die Schulleitung unterstützen wollen. Wichtig war uns auch immer, dass die Lehrpersonen von uns Unterstützung erhielten und dass wir für sie da sind.

Ja, es ist richtig, es hat viele Turbulenzen gegeben, nachdem gerade zwei Schulleiter kurz hintereinander gekündigt hatten. Einer von ihnen, das kann ich hier sagen, hat eine andere Herausforderung angenommen und ist nicht mehr in der Schule. Auch der Gesamtschulleiter Michael Hirschi, wegen dessen Abgang es Turbulenzen gab, hat eine andere Herausforderung gesucht. Er wird uns aber mit einem 20-Prozent-Pensum erhalten bleiben, um die spezielle Förderung zu betreuen. Das, was wir im Förderbereich gross aufgebaut hatten, bleibt uns somit erhalten. Trotz allem haben wir eine super Schulleitung, eine Schulleitung, die sich extrem einsetzt und kämpft, auch wenn wir im Moment etwas unterbesetzt sind.

Erwähnen möchte ich noch, dass unter den vom Interpellanten erwähnten sechs Schulleitungsmitgliedern, die ihr Arbeitsverhältnis aufgelöst haben, auch eine normale Pensionierung war. Übrigens ist es schwierig, im Kanton Schulleiter zu finden. Das ist ein grösseres Problem, und es ist dem Kanton auch bewusst. Es wird daran gearbeitet, auch in Bezug auf Weiterbildung. Ich habe jetzt die Gesamtschulleitung ausgeschrieben. Aber es ist schwierig, Leute zu finden.

Dem Schulrat war es wichtig, dass die Informationen zuerst an die Lehrpersonen, an die Schulleitung und den Gemeinderat gehen. Wir haben unser Konzept zuerst dem Gemeinderat vorgestellt. Dann sassen wir mit der Schulleitung zusammen und haben das Konzept dort vorgestellt. Gestern Abend gingen wir zusammen mit der Schulleitung zu den Lehrpersonen an den Konvent und haben dort alles vorgestellt. Die Unterstützung seitens der Schulleitung ist extrem. Wir haben als Schulrat gewisse Änderungen vorgenommen, weil wir gesehen haben, dass es gewisse Schwierigkeiten gibt, da ja das Konzept des Gesamtschulleiters bei uns in Allschwil neu ist. Wir haben den Stellenbeschrieb ganz anders ausgebaut. Wir haben auch der Schulleitung mehr Unterstützung versprochen. Wir sind uns bewusst, dass die Kündigungen, die wir hatten, nicht schön sind für die Schule und auch nicht für die Lehrerschaft. Aber was die Stimmung bei der Lehrerschaft angeht, so kann ich sagen, dass sie 1a ist. Bei den Lehrpersonen haben wir kaum Kündigungen. Die Lehrpersonen gehen meistens, weil sie pensioniert werden. Das ist ein sehr gutes Zeichen dafür, dass auch die Schulleitung eine wirklich tolle Arbeit leistet.

Ich bin gerne bereit, Fragen zu beantworten. Jetzt darf ich das auch, weil alle Mitarbeiter Bescheid wissen, wie wir weiter vorgehen wollen. Wir haben die Unterstützung der Schulleitung. Die Schulleitung hat die Unterstützung des Schulrats, ebenso die Lehrpersonen.

Markus Gruber, Präsident: Ich frage den Interpellanten an, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich bin jetzt zufriedener als vorher, nachdem ich das Papier gelesen hatte. Mein erster Eindruck, nachdem ich das Papier gelesen hatte, war, dass das, was darauf steht, das Papier nicht wert sei. Ich bin jetzt froh, dass du, Pascale, die Aussagen etwas präzisiert hast. Es sind noch nicht alle Fragen beantwortet. Was ich ganz klar festhalten möchte, ist: Es geht nicht um ein Misstrauen in die Schulleitung. Ich denke, die Schulleitung, die das operative Geschäft führt, macht sicher ihren Job und macht ihn auch gut. Es geht eher um ein strukturelles Problem, und da ist nicht die Schulleitung gefragt, sondern der Schulrat und je nachdem auch der Gemeinderat. Oder vielleicht auch noch der Einwohnerrat. Du hast eine Menge Dinge gesagt. Es wäre schön gewesen, wenn wir diese auch auf dem Papier gehabt hätten. Dann hätte man sie auch besser analysieren können. Jetzt sind da eine Menge Informationen und Zwischeninformationen gekommen, die man zuerst noch ein wenig verarbeiten muss. Was für mich noch nicht ganz klar ist, ist der Zeitrahmen, in welchem er die Massnahmen umsetzen willt. Du hast erwähnt, und, wie ich finde, sehr gut dargestellt, wie ihr die Kommunikation durchgeführt habt, und ich finde auch richtig, wie ihr das gemacht habt. Ich kann auch verstehen und finde es richtig, dass ihr vorher damit nicht nach aussen gehen wolltet. Aber mich würde jetzt doch noch Wunder nehmen, was für konkrete Massnahmen ihr vorhabt, und was für einen Zeitrahmen ihr euch gegeben habt, um die Situation in der Schulleitung zu stabilisieren.

Pascale Uccella, Schulratspräsidentin: Die Fragen beantworte ich sehr gern. Wir haben Strukturen gesetzt. Wir haben ganz klar den Stellenbeschrieb der Gesamtschulleitung gemacht. Zuvor war der Gesamtschulleiter «Primus inter Pares». Das ist künftig nicht mehr so. Der Gesamtschulleiter ist der Chef der Schulleitung. Das ist etwas Neues, das ist etwas, das man bearbeiten muss. Wir sind in dem Prozess drin, dabei nehmen wir gerne auch die Schulleitung ins Boot und die Delegierten der Lehrpersonen. D. h., wir werden weiter mit externer Unterstützung Workshops veranstalten, um unsere Visionen und vor allem die Visionen der Schulleitung zu unterstützen. Denn wir als Schulrat sind im strategischen Bereich tätig und haben dort ein Gerüst gebaut. Wir möchten die Unterstützung geben, damit die Schulleitung das Haus bauen und die Wände füllen kann. Der Prozess ist sicher nicht abgeschlossen, das ist uns bewusst. Uns ist wichtig, dass wir diesen Prozess jetzt als Schulrat an die Schulleitung weitergehen: Wie können sie damit umgehen? Wie kann das Team besser werden und enger zusammenarbeiten? Es ist ja etwas Neues, dass der Gesamtschulleiter der Chef ist. Bisher arbeitet im Kanton Baselland Liestal schon so. Wir hatten das 2015 in einem Workshop bearbeiten wollen. Es hat aber nicht richtig funktioniert, weil ja der Stellenbeschrieb von einem Primus inter Pares ausging. Das ist jetzt umgeschrieben und anders aufgelegt worden. Aber wie gesagt, der Prozess ist nicht fertig, er geht weiter mit der Schulleitung und mit externer Unterstützung.

Markus Gruber, Präsident: Besten Dank. Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt...

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich möchte keinen Gegenantrag stellen. Aber die Frage des Zeitraums ist noch nicht beantwortet.

Pascale Uccella, Schulratspräsidentin: Das ist schwierig zu sagen. Wir sind daran. Wir sind *jetzt* daran. Das nächste ist der Workshop mit der Schulleitung. Mir ist wichtig, dass der Gesamtschulleiter, dessen Stelle ausgeschrieben ist, in den Prozess einbezogen wird. Es muss also zuerst ein Gesamtschulleiter da sein, ob von extern oder von intern, dann werden wir im Prozess ziemlich streng weitermachen, und wir hoffen, dass die Arbeit dann möglichst schnell erledigt ist. Es ist schwierig, einen Zeitraum anzugeben. Aber ich hoffe, dass wir auf das nächste Schuljahr wieder frisch und mit Elan weiterfahren können. Aber der Prozess läuft. Jetzt.

Markus Gruber, Präsident: Ich frage den Rat nochmals an, ob ein Gegenantrag zur Diskussion gestellt wird. – Das ist nicht der Fall. Somit ist die Diskussion eröffnet.

Diskussion

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Uns war es mit der schriftlichen Antwort ähnlich gegangen wie Andreas Bärtsch. Wir konnten eigentlich nichts damit anfangen. Und das nicht wegen der Rechtschreibfehler, die es massenhaft darin hat. Klammer geschlossen. Wir haben in der Fraktion dann

abgemacht, dass wir heute einmal zuhören und weitere Informationen bekommen wollen, und dass wir nachher prüfen, ob wir nicht das vorhandene strukturelle Problem – denn, das sehe ich gleich wie Andreas Bärtsch, es ist nicht ein Problem der Schulleitung und der Personen an sich – in einen Antrag an die GPK verfrachten mit der Bitte, dass die GPK die Situation überprüft. Zum strukturellen Problem gehört ja auch, dass eigentlich nicht so ganz klar ist, wer hier welche Aufsichtsverantwortung hat. Wir sind der Meinung, dass die Oberaufsicht über Kommissionen und Gremien in der Gemeinde bei der GPK angesiedelt ist.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Uns ging es auch ein wenig wie Andreas Bärtsch und dir, Ueli. Wir sind aus dem Papier nicht ganz schlau geworden. Wir haben daher eine Frage, und zwar an Herrn Markus Gruber, der als Mitunterzeichner erwähnt ist. Hat er das Papier vorgängig gesehen oder hat er es, wie wir vom Einwohnerrat, erst mit dem Versand erhalten?

Markus Gruber, Vizepräsident Schulrat: Als Schulrat arbeiten wir in Kollegialitätsprinzip. Somit stellt sich mir die Frage so nicht. Als Teil des Schulrates und als dessen Vizepräsident stehe ich selbstverständlich voll hinter dem Papier.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich finde, bevor wir die Sache zur GPK hinüberschaufeln, sollten wir die Resultate abwarten, die der Schulrat bringen will. Ich habe es letzten Endes so verstanden, dass es Kompetenz- und Pflichtenheftprobleme gegeben hatte. Und bevor man nicht weiss, wie die Kompetenzen und Pflichtenhefte neu aussehen finde ich, man kann zuwarten, bis das Resultat vonseiten Schulrat und Schulleitung vorliegt.

Pascale Uccella, Schulratspräsidentin: Herr Keller, die GPK darf uns gerne einmal besuchen, das ist kein Thema. Aber ich glaube nicht, dass die GPK für uns als Behörde des Kantons zuständig ist. Kontrollen haben wir auch, seitens des Kantons, der auch immer wieder kommt. Es handelt sich um das AVS, das in den Diskussionen auch immer wieder dabei ist. Wir hatten das AVS auch bei einer der Info-Veranstaltungen dabei, bei welcher auch die Schulleitung anwesend war. Aber wie gesagt, die GPK darf uns gerne besuchen, um einmal zu sehen, dass wir als Schulrat – das möchte ich hier drin auch einmal sagen – als Kollegium in letzter Zeit extrem viel gearbeitet haben, und ich finde das nicht selbstverständlich. Auch die Schulleitung hat uns unterstützt und kam zu Abenden dazu, nachdem sie den ganzen Tag gearbeitet hatten. Wir als Schulrat haben uns am Samstag getroffen. Es ist nicht so, dass wir nichts getan hätten. Und wenn es in dem Schriftstück viele Schreibfehler hat, so tut mir das wahnsinnig leid.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Aufgrund der Ausführungen, die wir jetzt gehört haben, ist es, glaube ich, sicher richtig, dass wir die Prozesse noch ein wenig weiter verfolgen. Und falls es erforderlich ist, werden wir einen weiteren Vorstoss machen, um die notwendigen Auskünfte zu erhalten und unsere Schlüsse daraus ziehen zu können. Ich denke, es ist allen hier bewusst: Es geht um die Schule, und die Schule ist öffentlich. Und wenn ihr euch auch oft hinter der Schweigepflicht zu verstecken versucht – geschwätzt wird sowieso. Und als Einwohnerrat wird man sehr oft auf Vorgänge, die in der Schule Allschwil passieren, angesprochen. Dann ist es nicht schlecht, wenn man aus erster Hand richtig und sachlich informieren kann. Darum werden wir am Ball bleiben.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Als ressortführender Gemeinderat möchte ich für das Interesse an der Schule und an der Arbeit des Schulrats und der Schulleitung danken. Wie Sie wissen, bin ich als ressortführender Gemeinderat auch eines der sieben Schulratsmitglieder. Wenn ich «GPK» höre, dann möchte ich mir gar nicht überlegen, ob diese zuständig oder nicht zuständig ist. Liebe GPK, fühlen Sie sich zuständig, Sie sind willkommen, die Arbeit des Schulrats, der Schulleitung und meines Ressorts zu hinterfragen. Ich freue mich nämlich auf Ihr Feedback. Ich war ja selbst einmal in der GPK hier in Allschwil und auch einmal im Landrat. Was sich an der GPK schätze, ist, dass man ein Feedback bekommt, und dieses Feedback bringt einen weiter. Ich möchte jetzt aber nicht darstellen, dass es einen Grund gäbe, weswegen Sie dringend kommen müssten. Ich habe ein gutes Gewissen. Aber ich habe umgekehrt auch keine Angst vor einer GPK. Sondern ich sage: Ja, interessieren Sie sich für die Schule, kommen Sie. Zuhanden von Andreas Bärtsch: Jawohl, Schule ist ein Thema, das immer bewegt im Dorf. Das ist in jedem Dorf so. Und selbstverständlich bekommen Sie als Volksvertreter Rückmeldungen. Mein Wunsch an euch wäre, wenn ihr Rückmeldungen bekommt, von denen ihr denkt, sie könnten von Interesse sein, dann gebt sie uns doch bitte weiter, gerne auch anonymisiert. Es geht nicht um den Namen, sondern um den Inhalt. Wir sind dankbar für Rückmeldungen, auch solche, die wir nicht direkt erhalten, sondern dank Ihrer Präsenz als Teil der Bevölkerung. Auch hier: Feedback ist willkommen, und Feedback bringt uns weiter.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Vorab möchte ich mitteilen, dass Thomas Pfaff sich ab 19.45 Uhr entschuldigen musste. Das ist möglicherweise nicht am Anfang der Sitzung schon gesagt worden.

Meine Information ist folgende: Am Montag wurde Patrick Dill und mir eine Petition überreicht der IG Vereine, der Musikgesellschaft Concordia, des FC Allschwil und von Beni Gnos im Zusammenhang mit der Gebührenthematik. Die Petition lautet «Keine Gebühren für Allschwiler Vereine für die Benützung öffentlicher Gebäude und Anlagen». Die Petition wurde unterschrieben von – so wurde mir mitgeteilt, ich habe es nicht überprüft – 2'150 Personen. Das können auch Minderjährige und Auswärtige sein, um das klarzustellen, da es sich ja um eine Petition handelt.

Roman Klausner, Gemeinderat: Ich nehme zum Postulat der FDP Stellung, bzw. möchte mitteilen, wie weit wir sind. Es geht um strategische Ziele des Gemeinderats für den Bereich Alter, eingereicht von Andreas Bärtsch. Wir hatten hierzu bereits einmal eine Sachstandsmitteilung gegeben, jetzt folgt eine weitere. Wir haben zusammen mit Binningen und Schönenbuch eine Versorgungsregion gebildet, eingebettet in die Umsetzung des ABG. Alles ist noch nicht umgesetzt. Wir haben ein Alterskonzept. Wir sind daran, die Rechtsform für die Versorgungsregion zu entwerfen. Im Weiteren sind wir daran, die Betreuungsstelle, respektive die Kontrollstelle, die wir selbst schaffen sollten, aufzubauen. Das umfasst die ganze Beratung. Sie beinhaltet einen grossen Teil der Punkte, die hier stehen. Die Beratungsstelle macht Abklärungen, zum Beispiel welche Pflegestufe jemand hat und wohin jemand zugeteilt werden kann. Das betrifft Binningen und Allschwil. Schönenbuch hat ja kein eigenes Alters- und Pflegeheim. Wir haben das Konzept aufgebaut und auch im Gemeinderat schon einmal vorgestellt. Die Stelle ist eine sehr umfangreiche, daran hängt auch die Vernetzung mit allen Organisationen. Wir hatten da eine Sitzung, und es stand auch im Allschwiler Wochenblatt, wie viele Leute und Organisationen dazu gehören, die alle im Bereich Alter tätig sind. Die alle haben wir dort zusammen genommen und sehr viele Inputs erhalten, die wir zu koordinieren versuchen, sodass wir jederzeit in der Beratungsstelle wissen, welches Problem mit welchem Verein oder welcher Organisation angegangen werden muss. Das Ziel des Ganzen ist, dass wir für die ganze Versorgungsregion sicherstellen können, dass wir so, wie das überall berechnet wird und auch vom Statistischen Amt, bis 2030 etwa 100 Pflegebetten mehr haben müssen, allein für die Gemeinde Allschwil. Die Aufgabe ist riesig. Wir wissen, was wir alles machen müssen. Wir sehen aber auch, und das weiss Andreas sehr gut, wo wie viele Alterswohnungen entstehen oder geplant sind. Wir sind froh darum, wenn wir mehr Leute in solchen Alterswohnungen unterbringen können, als im Altersheim. Der nächste Schritt, und das ist ein Problem, das wir sehen, ist: Wenn man den Schnitt anschaut in unserem Altersheim, dann ist er eher nicht bei Stufe 6, sondern eher weiter unten. Das hängt mit verschiedenen Einteilungen zusammen, die wir aber nachher mit der neuen Stelle, die wir haben, ganz klar und sicher lösen wollen, sodass wir dann sagen können, wie wir es wollen und was auf welchem Level eingeteilt wird. Denn unterm Strich geht es für uns als Gemeinde – nebst dem, dass wir die Aufgabe haben, die Versorgung im Alter sicherzustellen – auch um sehr viel Geld. Wir wissen, was so ein Platz in einem Heim jeden Tag kostet, respektive jedes Jahr. Das fängt bei den Pflegekosten an und geht dann weiter bei dem Anteil, den wir an die Ergänzungsleistungen zahlen müssen plus das, was wir dann noch bei den Zusatzleistungen darüber hinaus zahlen müssen. Das ist die Situation, die wir haben. Wir sind mitten in der Arbeit mit allen drei Gemeinden. Wir haben verschiedene Kommissionen und Ausschüsse, in denen wir das anschauen. Als nächstes werden wir, sobald das Konzept fortgeschritten ist, wieder in die Kommission gehen und zeigen, wohin der Weg führen könnte, und um von dort auch noch den Input abzuholen. Wenn man sich im Kanton umschaut, werden wir vermutlich die erste Versorgungsregion sein, die in sich funktioniert.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich habe auch noch eine kurze Information, bzw. eine Antwort, die ich Julia Gosteli schuldig bin. Sie hatte letztes Mal gefragt, warum wir eigentlich in Allschwil keine Gelder bekommen vom Flughafen, was den Schallschutz betrifft. Sie hatte eine aus einem Bericht zitiert, wonach zum Beispiel Blotzheim, Hésingue oder Saint-Louis einige Millionen Euro erhalten hätten. Die ausführliche Beantwortung, warum es so ist, wird im Rahmen der Beantwortung des Postulats von Ueli Keller erfolgen. Vorweg kann ich so viel sagen: Die Gelder fließen nach französischem Recht, dadurch sind, so würde es mir gesagt, Schweizer Gemeinden gar nicht anspruchsberechtigt. Das nur als kurze Vorinformation. Ich hoffe, das ist für den Moment zufriedenstellend.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Das muss man sich schon wieder auf der Zunge zergehen lassen, was wir da gehört haben. Unser Gemeinderat geht in Verhandlungen mit drei Gemeinden, bei denen es um einen Betrag geht, der 6 % unseres Gesamtbudgets ausmacht: Altersbetreuung. Ein Budgetposten, der im Zeitraum von der Rechnung 2017 bis zum Budget 2019 um 8 % zugenommen hat. Unser Gemeinderat geht also in Verhandlungen mit den Nachbargemeinden – und hat keine Strategie. Keine. Eine Strategie ist nicht: «Wir bilden eine Versorgungsregion mit Binningen, Schönenbuch und Allschwil». Das ist das Ziel, das man erreichen will, aber nicht die Strategie. Die Strategie wäre: Was hat die Gemeinde für Interessen, wie nehmen wir diese Interessen wahr, wie setzen wir diese Interessen um, damit wir in dieser Versorgungsregion eine starke Position haben. Das wäre die Strategie der Gemeinde Allschwil. Sie muss sich überlegen, wie sie die Kosten in den Griff bekommt, die jährlich steigen und immer weiter steigen werden, Kosten, die der Kanton und die Krankenkassen auf die Gemeinden abschieben. Das sind die Fragen, die sich die Gemeinde Allschwil in dieser Strategie überlegen muss. Verstehe mich richtig, Roman Klauser, ich unterstelle euch nicht, dass ihr nicht arbeitet. Aber du hast eine Menge Massnahmen aufgezählt, an denen ihr bereits arbeitet. Aber ihr habt kein Konzept dahinter. Ihr macht einfach. Und das macht mir Angst. Bei einem so grossen Budgetposten macht mir das grosse Angst. Wir haben es ja in der letzten Einwohnerratssitzung gesehen, beim Reglement über die Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen, dass wir auch vom Gemeinderat teilweise vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Es wäre schön gewesen, wenn wir vorher einmal informiert worden wären und uns dazu hätten äussern können, bevor alles in Stein gemeisselt ist. Und die Versorgungsregion, die hier angedacht wird, ist ein noch komplexeres und weitreichenderes Geschäft. Und da denke ich, dass wir als Einwohnerrat das Recht haben sollten, vom Gemeinderat ein Strategiepapier vorgelegt zu bekommen, in welchem die Rahmenbedingungen erkennbar und abgesteckt worden sind, wo Chancen und Risiken aufgezeigt werden, und wo dargelegt wird, was tun wir, wenn was eintritt. Ich denke, das ist nicht zu wenig verlangt. Klar hätte ich als Gemeinderat es auch nicht gerne, wenn da ein frecher *Siech* daher kommt und mir Termine aufs Auge drücken will. Aber angesichts der zeitlichen Gegebenheiten, die wir in Bezug auf diese Versorgungsregion haben, wäre es, denke ich schon ziemlich wichtig, dass wir relativ rassig konkrete Antworten auf die gestellten Fragen bekommen. Ich werde mir darum die Mühe machen, auf die nächste Einwohnerratssitzung – darauf könnt ihr euch schon vorbereiten – eine dringliche Interpellation einzureichen. Ich werde dort die aus meiner Sicht drängendsten Fragen aufführen und hoffe dann, dass ihr, liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen mich unterstützen, sodass wir die erforderliche 2/3-Mehrheit bekommen und dann noch in der gleichen Sitzung die erbetenen Informationen vom Gemeinderat erhalten.

Roman Klauser, Gemeinderat: Andreas Bärtsch, es ist sehr gut, was du da alles verlangst. Ich empfehle dir, das Alterskonzept und das Leitbild der Gemeinde Allschwil einmal durchzulesen. Dort steht fast alles oder jedenfalls der grösste Teil von dem drin, was du jetzt von uns als Strategie verlangst. Die Strategie ist klar: Wir haben die Aufgabe der Versorgung. Wir wissen, wo die Kosten hinlaufen; wir wissen, dass sie an gewissen Orten aus dem Ruder laufen. Wenn wir ohne Strategie arbeiten würden, dann würden wir an irgendeiner Ecke anfangen. Es ist aber nicht ganz so. Und wenn du nun sagst, wir hätten letztes Mal eine *Fait accompli*-Lösung gebracht – es gibt Sachgeschäfte und es gibt Geschäfte, die über ein Gesetz gehen. Und wenn es über ein Gesetz, hier das ABG, geht, dann sagt uns zuerst der Kanton, was wir tun dürfen. Dann können wir noch ein bisschen etwas daran ändern, und anschliessend kommt es hier in den Rat. Daran können wir auch nicht viel ändern. Ich bin sehr gespannt auf die Fragen, die du anstellen wirst, und wir werden sie sehr gern anschauen. Wir sind bereit und wir arbeiten daran.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Herr Bärtsch hat noch aufgestreckt und Herr Keller. Ich würde sagen, die beiden erhalten noch kurz das Wort. Dann richten wir uns aber nach § 70, wonach im Info-Fenster keine Diskussion stattfindet.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Dann kann ich ja schon mal eine Frage mit auf den Weg geben, Roman Klauser: Ist denn unser Alterskonzept schon an das neue ABG angepasst oder nicht?

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich begrüsse diese heutige Zwischeninformation sehr. Ich habe noch eine Anregung zum Verfahren. Ich würde es günstig finden, wenn wir so etwas auch im Rahmen der Kommission Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales bearbeiten würden, quasi um einen Zwischenstand auszulegen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Motion von Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion, Florian Spiegel, SVP-Fraktion und Jérôme Mollat, GLP, vom 08.11.2017, betreffend Parkraumreglement
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4361

Christoph Morat, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat natürlich von dieser Motion und diesem Antrag Kenntnis genommen. Wortwörtlich steht in dem von einem überparteilichen Komitee – SP, SVP, Grünliberale und Grüne – eingebrachten Vorstoss: «Der vorhandene öffentliche Parkraum soll zweckmässig und zu Gunsten der Allschwiler Bevölkerung und Unternehmen genutzt werden. Der Gemeinderat wird ersucht zu überprüfen, wie die vom auswärtigen Langzeitparkierern stark betroffenen Quartiere mithilfe eines Parkraummanagements entlastet werden können, ein entsprechendes Reglement auszuarbeiten und dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorzulegen.» Anschliessend werden vier Ziele aufgelistet. Dem Gemeinderat ist natürlich auch nicht verborgen geblieben, dass es in den letzten drei Jahren sehr grosse Veränderungen gegeben hat, vor allem in Basel-Stadt / Basel-West. Das haben wir zur Kenntnis genommen. Die Auswirkungen auf Allschwil, vor allem in der Nähe der Tramlinien, sind uns auch bekannt. Der Gemeinderat kann aber jetzt nicht einfach solch eine Motion, die eine Reglementsausarbeitung verlangt, entgegennehmen. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, dass die Verwaltung sehr stark beschäftigt ist, dass wir im Gemeinderat ein Leitbild verabschiedet haben, aufgrund dessen noch einige weitere Geschäfte behandelt werden müssen. Wir haben einen leichten Stellenanstieg in der Gemeindeverwaltung, damit wir all die Geschäfte und die vorliegenden Aufgaben überhaupt bewältigen können. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat nicht bereit, diese Motion jetzt einfach so entgegenzunehmen. Am 14.6.2015 hat das Volk das damalige Parkraumreglement mit 47 % Ja-Stimmen und 53 % Nein-Stimmen abgelehnt. Es war damals also keine sehr klare Ausgangslage und ich weiss auch nicht, was alles die Gründe derjenigen waren, die Nein sagten. Tatsache ist, dass eine kleine Mehrheit das Parkraumreglement ablehnte. Wenn nun der Einwohnerrat heute Abend beschliesst, dass sich der Gemeinderat doch noch einmal um das Thema bemühen soll, dann werden wir das selbstverständlich tun. Es ist aber nicht ganz einfach, die Fragen im Antrag zu beantworten und erstens zu überprüfen, wie die Quartiere entlastet werden können und dann noch ein Reglement zu erarbeiten. Das braucht einen enormen Effort, das braucht Power, das braucht Engagement. Im Augenblick möchten wir den Auftrag nicht einfach so übernehmen, sondern das muss der Einwohnerrat mit einem klaren Auftrag an uns überweisen. Dann sind wir fast in der Lage, dass wir es leisten müssen. Aber einfach so von uns aus können wir das nicht entgegennehmen.

Beratung

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Seit in Basel flächendeckend die Blaue Zone eingeführt worden ist, hat sich insbesondere in den stadtnahen Quartieren und entlang der ÖV-Linien die Zahl der parkierten Fahrzeuge mit ausserkantonalen und internationalen Kennzeichen vervielfacht. Diesen Sachverhalt haben wir auch einmal von der Gemeindepolizei und von Philippe Hofmann im Einwohnerrat bestätigen lassen. Bis zu zwei Drittel der markierten Autos hatte ausserkantonale oder internationale Kennzeichen, wobei diese Autos teilweise über Wochen in den betroffenen Quartieren abgestellt werden. Wer will denn, dass Allschwil weiterhin der Gratisparkplatz von Basel ist? Ich kenne niemanden. Auch die, die das letzte Parkraumreglement abgelehnt haben, waren nicht dagegen, dass es für dieses Problem eine Lösung gibt. Die Gegner haben unter anderem alternative Lösungsansätze ins Feld geführt. Es brauche kein Reglement, weil das Problem einfacher und günstiger mit der Signalisation «Zubringerdienst» gelöst werden könne. Der an die Gemeinde gerichtete Antrag, diese Signalisation auf die betroffenen Quartiere auszuweiten, wurde seitens Polizei und Gemeinde abgelehnt, weil die Respektierung der Signalisation nicht mit verhältnismässigem Aufwand kontrollierbar sei. Das hat auch der verantwortliche der Gemeinde. Bottmingen bestätigt, wo man mit dem gleichen Problem konfrontiert ist. Für viele Anwohner ist es äusserst ärgerlich, wenn ihre Quartiere an Wohnqualität einbüßen, weil sie weit herum nach Parkplätzen suchen müssen und gleichzeitig beobachten, wie Pendler auf den Quartierstrassen ihre Autos abstellen, das Velo aus dem Kofferraum ausladen und wegfahren oder zur nächsten Tramstation gehen, mit oder ohne Aktenkoffer, um dann nach Basel oder zum Flughafen zu fahren.

Weil sich das wesentliche Argument gegen eine Parkraumreglementierung – die Signalisation von Zubringerdienst – als nicht praktikabel erweist, ist es angezeigt, die Situation neu zu beurteilen. Ob denn dieser Vorstoss für ein Parkraumreglement gut genug abgestützt sei, wurde ich gefragt, als ich die Idee

aufbrachte. Ich kann diese Frage heute mit ja beantworten. Wir haben zur Motion noch zwei Petitionen nachgeliefert mit mehr als 500 Unterschriften durch alle Quartiere von Allschwil und durch alle politischen Lager. Quod erat demonstrandum – was zu beweisen war. Von Einwohnerinnen und Einwohnern wurde ich nach Einreichung der Motion und der Petitionen immer wieder auf die Problematik angesprochen, wann denn die Gemeinde endlich handeln werde. Nach all meinen Gesprächen mit Menschen jeder politischen Couleur bin ich zuversichtlich, dass wir mit einer Spezialkommission, wie sie sich beim Lindenplatz sehr gut bewährt hat, auch für das Parkraumreglement eine schlanke, tragfähige Lösung finden werden. Darum plädiere ich dafür, dass wir heute den Antrag des Gemeinderats auf Nichtentgegennahme ablehnen und die Motion dem Gemeinderat überweisen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Es freut mich ausserordentlich, dass die Gemeinde sehr beschäftigt ist; wenn es anders wäre, wäre das ja komisch. Zum Parkraumreglement: Man hat doch schon 2013 und früher erkannt, dass Allschwil unter einem hohen Parkdruck steht. Ich will noch zwei aktuelle Beispiele nennen. Am Sandweg steht seit fünf oder sieben Wochen ein leerer Lieferwagen mit schwedischem Kennzeichen, der fast zwei Parkplätze belegt. Was können wir dort unternehmen? Gar nichts. Denn ein Fahrzeug mit einem ausländischen Kennzeichen darf bei uns in Allschwil bis zu einem Jahr ununterbrochen am gleichen Ort stehen, wobei dieses Jahr ab dem Zeitpunkt einer allfälligen Anzeige zu laufen beginnt. Ich habe heute bei der Polizei angerufen und gefragt, wie sich das mit diesem Lieferwagen verhält. Ich erhielt die Auskunft: Ein Jahr, ab heute.

Am 8. Oktober musste ich einen Artikel in der bz zweimal lesen: «Es heisst immer, die Autopendler würden mit dem Tram weiter nach Basel fahren. Diesen Verdacht habe ich aber noch nie erhärtet gesehen.» Das hat unsere Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli gesagt. Am Sandweg in Neuallschwil, Tramstation Kirche, ist die Situation wie folgt: Die Leute fangen bereits morgens um 6:00 Uhr an, durch die Strasse zu schleichen und nach Parkplätzen zu suchen. Die Fahrer steigen aus und gehen Richtung Tram. Das ist die Realität zurzeit in diesem Quartier. Und eines ist klar, davon bin ich hundertprozentig überzeugt: Diese Leute arbeiten nicht alle in der Kirche.

Das Problem mit dem Parkieren war 2013 von vier Unsicherheitsfaktoren, wie ich es einmal nennen will, beeinflusst:

- Ein Faktor war die Einführung und Planung von Parkraumbewirtschaftung in umliegenden Gemeinden. Diese wollte man abwarten; das ist inzwischen erledigt.
- Die geplante Einführung der kantonalen Gewerbeparkkarte; diese ist jetzt auch kantonalen geregelt.
- Die weitere Umzonung in bewirtschaftete Flächen in Basel-Stadt. Auch das ist abgehakt und erledigt.
- Und der Wegfall von Parkplätzen nach der Erneuerung der Baslerstrasse. Wenn ich es recht weiss, fallen dort insgesamt ca. 40 Parkplätze weg.
-

Jetzt haben wir Handlungsbedarf, und jetzt ist der Umsetzungszeitpunkt der richtige. Für die SVP ist wichtig, dass wir eine flächendeckende Lösung bekommen und dass die Mitarbeiterparkkarten bewusst und kontrolliert ausgegeben werden. Die SVP stimmt daher für die Überweisung der Motion an den Gemeinderat.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Auch ich bin froh zu hören, dass der Gemeinderat eigentlich keine wirklich sachlichen Einwände gegen diese Motion vorbringt. Ansonsten kann ich mich nur den Argumenten meiner beiden Vorredner anschliessen, nämlich dass der Parkdruck in den letzten Jahren sich verschärft hat, was man auch an der Statistik der in Baselland eingelösten Fahrzeuge sieht. Diese nehmen von Jahr zu Jahr zu. Weiter ist auch zu berücksichtigen, dass mit der Sanierung der Baslerstrasse doch zahlreiche Parkplätze wegfallen werden. Auch das wird die Situation verschärfen. Und wie uns ja allen bekannt ist, ist die Vorlaufzeit für die Ausarbeitung eines solchen Reglements doch recht lang. Darum finden wir es wichtig, dass wir uns bereits jetzt damit beschäftigen und nicht erst dann, wenn die Situation schon wirklich am Brennen ist. Aus diesen Überlegungen heraus empfiehlt unsere Fraktion, die Motion zu überweisen.

Andreas Widmer, CVP-Fraktion: Diese Parkraumbewirtschaftung beschäftigt die Einwohnerinnen und Einwohner, den Einwohnerrat, den Gemeinderat und nicht zuletzt auch die Verwaltung von Allschwil seit einiger Zeit. Bei der Vorbereitung zur heutigen Sitzung habe ich recherchiert und bin auf die Arbeit der Firma Rudolf Keller & Partner Verkehrsingenieure AG gestossen. Diese Verkehrsplaner haben per 9.5.2014 einen Bericht zuhanden des Einwohnerrates Allschwil in Sachen Parkraumbewirtschaftung

Allschwil verfasst. Aus diesem Bericht möchte ich gern ein paar Passagen erwähnen. In Kapitel 2, Grundlagen, steht geschrieben:

«2.1.1 Verkehrsplanung Allschwil 1992. Die Parkplatzsituation in Allschwil wurde erstmals vor 20 Jahren im Rahmen der Verkehrsplanung Allschwil (RK & P 1992) beurteilt. Auslöser war damals unter anderem die bevorstehende Einführung von Anwohnerparkkarten in den angrenzenden Postleitzahlkreisen von Basel-Stadt. Der Parkdruck wurde zum damaligen Zeitpunkt nicht als kritisch eingestuft. Es wurde jedoch festgehalten, dass im Bereich Baslerstrasse/Grabenring und in gewissen Quer- und Längsachsen viele Parkplätze durch Fahrzeuge mit französischen Kennzeichen belegt sind. Es wurde deshalb für diesen Bereich die Einführung einer blauen Zone mit Anwohnerparkkarte empfohlen. Von einer vorsorglichen Einführung der Anwohnerparkkarte auf dem übrigen Gemeindegebiet wurde abgeraten.»

Weiter steht in dem Bericht von 2014 unter 2.1.2:

«Parkierungskonzept Allschwil 1999. Aufgrund von mehrheitlichen Hinweisen auf einen steigenden Parkdruck wurde im Jahr 1999 die Parkierungssituation in Allschwil erneut detailliert untersucht. Im Rahmen des Parkierungskonzepts Allschwil (RK & P 1999) wurde die Parkplatzbelegung und die Herkunft der Fahrzeuge erhoben. Ein hoher Parkdruck wurde dabei nicht flächendeckend, sondern in den Problemgebieten Bachgraben, Spitzwald, Borerhof und Baslerstrasse sowie Migros Paradies festgestellt. Aus diesem Grund wurde die Einführung einer Anwohnerparkkarte über das ganze Allschwiler Gemeindegebiet als nicht zweckmässig beurteilt. Als Massnahme wurde empfohlen, in den Bereichen Gemeindeverwaltung und Lindenplatz Blaue Zone einzuführen und im Borerhof die bestehende Signalisationsmassnahme «Fahrverbot mit Zubringerdienst» besser durchzusetzen. Für das Gebiet Migros Paradies wurde die Entwicklung eines Verkehrsberuhigungskonzepts vorgeschlagen.»

Jetzt noch ein Dritter Punkt aus diesem Bericht. Zum Schluss des Berichtes der Verkehrsplaner von 2014, der als Grundlage zur späteren Vorlage diente, wird folgende Empfehlung abgegeben im Kapitel 5, Zusammenfassung / Empfehlung:

«Das Parkraumbewirtschaftungskonzept sieht als Massnahme eine Blaue Zone mit Anwohnerparkkarte östlich der Binneringerstrasse, d. h. in den Wohnquartieren zwischen Binneringerstrasse und Bachgraben-Promenade vor. Dadurch kann in diesen Gebieten eine Entschärfung der angespannten Parkplatzsituation erreicht werden. Der Perimeter ermöglicht eine einfache Orientierung aufgrund der klar nachvollziehbaren Zonengrenze. Die Kantonsstrasse sind von der Anwohnerparkkartenregelung ausgenommen. Die Parkfelder auf den Kantonsstrasse sollen zwar ebenfalls blau markiert werden, jedoch ohne Anwohnerprivilegierung, damit sich der Parkdruck der Langzeitparkierer nicht auf die Kantonsstrasse verlagert. Um den Kunden und Besuchern der Verkaufsgeschäfte und öffentlichen Einrichtungen Kurzzeitparkplätze anbieten zu können, kann zu einem späteren Zeitpunkt, nach Einführung der Anwohnerparkkarte, an diesen Stellen eine verschärfte Bewirtschaftung gegen Gebühr geprüft werden (Sammelparkuren).»

Wie wir alle wissen, ist die Vorlage zur Abstimmung vom 14. Juni 2015 aufgrund eines Behördenreferendums bei einer Stimmbeteiligung von 44 % mit 47.65 % zu 52.35 % Nein vor dem Volk gescheitert. Vor allem die Diskussion Blaue Zone vs. Zubringerdienst war neben den Kosten für die Einwohnerinnen und Einwohner ein grosses Thema, dass schlussendlich die Vorlage scheitern liess. Zwischenzeitlich wurde festgestellt, dass ein Lösungsansatz mit einer Zubringerdienstsignalisation eher nicht umsetzbar ist, wie uns die Situation im Borerhofquartier drastisch vor Augen führt. Hingegen ist die Parkraumbewirtschaftung mit der Blauen Zone in Verbindung mit entgeltlichen Kurzzeitparkplätzen an ausgewählten Orten weitgehend erprobt und hat sich in anderen Gemeinden bewährt. Als Beispiel möchte ich Riehen anführen. Riehen ist eine Stadt mit etwa der gleichen Bevölkerungszahl wie Allschwil, ca. 20'000 Einwohnende. Riehen liegt an der Tramlinie 6 und verfügt über einige Buslinien, wie Allschwil. Riehen hat mit dem Dorf und dem Zentrum Niederholz diverse Orte, an denen das Gewerbe tätig ist und Einkaufsmöglichkeiten bestehen, ähnlich wie in Allschwil. Riehen liegt an der Grenze zum Ausland und ist darum dem Grenzgängerverkehr ausgesetzt, wie Allschwil. Nur: Riehen hat seit dem 1. Januar 2014 eine Parkraumbewirtschaftung. In Riehen bestehen rund um die Zentren Kurzzeit-Parkmöglichkeiten für den Einkauf – die erste Stunde ist gratis – und es wurde flächendeckend die Blaue Zone eingeführt. Dort ist das Parkieren mit Anwohnerparkkarte zu einem Preis von CHF 40 für fünf Jahre für Bewohner von Riehen möglich. Zudem hat es Gebiete, vor allem in den Hanglagen, die bisher ohne Parkraumbewirtschaftung auskommen. Riehen hat eine Lösung für sein Parkierung Problem gefunden, und es funktioniert. Weitere Infos sind unter www.riehen.ch ersichtlich.

Aus unserer Sicht steht mit dem Bericht der Rudolf Keller & Partner Verkehrsingenieure vom 9.5.2014, wenn auch bereits vier Jahre alt, eine gute Grundlage für die Beurteilung auch der aktuellen Situation zur Verfügung. Mit der eingebrachten Petition sind weitere Argumente vorhanden. Wir von

der CVP-Fraktion sind der Meinung, dass der Gemeinderat nicht noch einmal prüfen und berichten muss, sondern als Antwort auf die Motion eine neue angepasste, mehrheitsfähige Vorlage vor dem Einwohnerrat präsentieren soll. Dies kann durchaus in Zusammenarbeit mit einer Spezialkommission geschehen. Wir sind der Meinung, dass nach all der Zeit und all den Abklärungen doch bald eine Lösung zur Entlastung der Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil gefunden werden muss. Zum Schluss möchte ich es nicht unterlassen zu erwähnen, dass die Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung auch adäquat kontrolliert werden muss. Aus Sicht der CVP-Fraktion bedingt dies die Schaffung von zwei neuen Stellen bei der Gemeindepolizei Allschwil, welche bei der Erarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen sind, ähnlich wie in Riehen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und für die Geduld, da es jetzt einmal etwas länger gedauert hat.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Zwei kleine Anmerkungen. Es erstaunt mich immer, dass der Gemeinderat, wenn es etwas zu arbeiten gibt, immer auf die «momentanen Prozesse» hinweist, wegen denen man zur Zeit gerade nicht noch mehr arbeiten könne, und es gehe jetzt nicht. Liebe Gemeinderäte, das Tagesgeschäft, und das gehört zum Tagesgeschäft – ist trotz interner Umstrukturierungen auszuführen. Da kann man sich nicht immer drücken: «Oh nein, das wollen wir nicht, es stinkt uns ein bisschen. Das ist Arbeit...» Das finde ich nicht unbedingt ideal. Das Zweite ist: Frau Nüssli, ich lade Sie gerne ein, wenn ich nächstes Mal im Frühdienst auf dem 6er-Tram bin, kommen Sie einmal mit. Dann sehen Sie, welche Massen von Leuten wir morgens zwischen 5:00 und 7:00 Uhr in die Stadt führen, die im Auto, und explizit allein im Auto gesessen und nachher zu uns aufs Tram gekommen sind. Das sind Massen. Wir als Firma sagen Dankeschön. Aber für die Gemeinde ist es eine Qual, vor allem für die Anwohner. Ich weiss nicht, wo sie das her haben, was sie da der Zeitung erzählt haben. Vielleicht ist das auch Blindheit, oder ich weiss nicht was.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Einige meiner Vorredner haben schon erwähnt, dass es eine Volksabstimmung über das Parkraumreglement gab. Es war eine Mehrheit, die dagegen war. Es war kein Zufallsentscheid. Sicher hat der Druck auf die Parkplätze seither zugenommen. Aber es kommt darauf an, mit wem man spricht. Sicher gibt es Leute, die, wie es Herr Stocker Arnet ausgeführt hat, darauf *blangen*. Es gibt aber auch die Leute, die auf einen zukommen und sagen: Ihr werdet doch nicht schon wieder darüber diskutieren? Dazu habt ihr unsere Meinung doch gehört. Diese Leute sehen die Diskussion als eine Art Zwängerei an. Was man sich auch vor Augen halten muss, ist: Es ist ja nicht so, dass Allschwil keine Arbeitsplätze anbietet. Wie viele von den Autos, die man jetzt im Visier hat, gehören halt vielleicht Pendlern, die in Allschwil fahren, und vielleicht fahren sie da auch noch ein kleines Stück mit dem ÖV. Zur Frage, ob die Pendler wirklich so massenhaft aufs Tram umsteigen, ist mir eine Reportage von Radio Basilisk von letzter Woche aufgefallen. Sie haben einen Tag lang über die Verlängerung des 3er-Trams berichtet, die jetzt ein Jahr in Betrieb ist. Man hat Elsässer Pendler gefragt, warum sie nicht ins Parkhaus gehen und auf den 3er umsteigen. Die einhellige Meinung, die es dort gab, war, dass sie sagten: Das 3er-Tram ist uns zu langsam, das braucht 20 Minuten bis zum Barfi. Wir von Allschwil haben leicht weniger lang. Bei Autos mit Kennzeichen von weiter weg frage ich mich auch, ob das nicht Leute sein könnten, die Freunde oder Verwandte in Allschwil besuchen und privat bei denen wohnen. Es ist etwas, dass man im Auge behalten muss. Aber wir von der FDP-Fraktion sehen nicht, dass man sofort ein Reglement ausarbeiten muss.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Bei der letzten Abstimmung, in der es um das Parkraumreglement ging, war ich vehement dagegen, und zwar, weil ich das nicht für eine nachhaltig zukunftsfähige Lösung halte. Das ist bei mir immer noch so. Das Problem Verkehr können wir nicht mit Symptombekämpfung lösen. Um das Problem Verkehr längerfristig zu lösen, braucht es eine Kooperation im Dreiland am Oberrhein, mit vielen Diskussionen und mit vielen Verhaltensänderungen von Menschen. Das ist aber eine längerfristige Sache. Jetzt bin ich ein überzeugter Befürworter dieser Motion, weil wir für die Situation jetzt eine Lösung brauchen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte nur Simon Zimmermann schnell eine Antwort geben. Es geht nicht primär um die Arbeit. Ich wollte den Fokus mit meinem Votum nicht auf die Mehrarbeit lenken. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben einen Korb voll Arbeit neben dem normalen Tagesgeschäft. Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, dass der Gemeinderat im Moment, kurz nach einer Volksabstimmung, einen Auftrag vom Einwohnerrat braucht. Und so, wie ich die bisherigen Voten interpretiert habe, erhalten wir ja diesen Auftrag, und dann müssen wir ja auch tätig werden. Der Gemeinderat möchte lediglich den Auftrag nicht von sich aus entgegennehmen, ohne dass die Diskussion im Einwohnerrat stattgefunden hat. Ich finde auch, dass es eine gute und wertvolle Diskussion ist, die sie heute Abend zu diesem Thema führen.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung der Motion.

Abstimmung

://:

Die Motion vom 8.11.2017 betreffend Parkraumreglement, Geschäft Nr. 4361, wird bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung, überwiesen.

Markus Gruber, Präsident: Es ist 20:50 Uhr. Ich schliesse daher jetzt die Sitzung. Die ausstehenden Traktanden werden in der nächsten Sitzung behandelt.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich möchte den Antrag stellen, dass das nächste Traktandum noch behandelt wird.

Markus Gruber, Präsident: Wir stimmen über den Antrag ab. Erforderlich ist eine einfache Mehrheit, da es sich nicht um eine Änderung der Traktandenliste handelt.

://:

Der Antrag von Etienne Winter, das Traktandum 6 an der heutigen Sitzung noch zu behandeln, wird mit 18 Nein zu 16 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt.

ENDE DER SITZUNG 20.50 UHR